

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 101

Sept./Okt. 2020



Kaliberg Wathlingen
Lehrstück in Sachen Marktwirtschaft

INHALT

AKH-Gruppe „verkauft“ Klinikum Peine	
Wiswe – Keine Kenntnis von Nichts?	3
Die Linke/BSG fordert schnellere Umsetzung	
Ratsbeschlüsse auf Klimarelevanz Prüfen	5
Kreistag beschließt Erstellung von Klimaschutzkonzept	
Wende in der Klimapolitik?	7
„Celle positiv besetzen“ kritisiert Leerstandspolitik	
„Zu schön zum Gammeln“	9
Losverfahren / IGS wird überrannt	10
Stille Hochzeit von CDU und AfD	
Oops – they did it again	11
Gedenkfeier zum Genozid an Ezid*innen	13
Meldungen	14
Laternengespräche: Maskenballermann	16
„Haldenabdeckung Wathlingen“	
K+S kassiert, den Schaden haben wir	18
Kampagne Landfriedensbruch zum 20. Juni	
Eschede: Aufmarsch erneut blockiert	23
Rückblick auf Aktivitäten aus der Gemeinde	24
Timm Ulrichs – Die Krönung	26
Oskar Ansell / In der Schreibstube gefunden	27
Schlosstheater mit Aufbruchgeist	28
Lebenslaute bei Rheinmetall in Unterlüß	29
Im Wald und auf der Heide	30
Chronik des Kampfs gegen Hetendorf 13	31
Politische und kulturelle Termine	35



Hallo werte Leser*innenschaft,

wir sind ja bekanntlich große Entschleunigungs-Fans; blöderweise machen die Spitzen in Kreis und Stadt in Sachen Klimapolitik damit ernst. Mittlere Freude bei uns, als der Kreistag im Juni die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzepts beschloss. Jetzt stellt sich heraus, dass die Mitarbeiter*innen frühestens in 2021 eingestellt werden. Der Stadtrat beschloss im November 2019, alle Beschlüsse auf die Klimarelevanz hin zu prüfen – bis heute gibt's nicht einmal eine Beschlussvorlage dahingehend, wie dies geschehen soll. Ehrlich? So geht das nicht. Dazu kommt, dass auf den Chefesseln geballte Inkompetenz sitzt – in einem Fall seit 20 Jahren. Dazu mehr im Heft.

Kulturell und „politisch“ geht's wieder los. Auf den letzten beiden Seiten findet ihr wie üblich einen Haufen Termine – darunter auch Sachen, die gern in eine Zukunft nach Corona überführt werden könnten, wie: „Kultur vereint“ im Innenhof des Schlosses.

Die Seite fürs Kino achteinhalb bleibt diesmal noch leer. Hoffen wir, dass sie bald wieder aufmachen. Und auch das MORLOCK müssten wir eigentlich unten im Kasten streichen – das Team findet die Kneipe zu klein, um Abstandsregeln halbwegs glaubhaft einhalten zu können.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint Anfang Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock, Unterwegs

Landrat Wiswe – Keine Kenntnis von Nichts?

Zum 1. Oktober legt Landrat Klaus Wiswe alle seine Ämter nieder. Hintergrund sind die Millionenverluste der AKH-Gruppe, die sich durch den Verkauf des Klinikums Peine verfestigt haben. Wiswe, der schon Aufsichtsratsvorsitzender der AKH-Gruppe war, als das Klinikum im Jahr 2003 gekauft wurde, zu seinem Rücktritt: *„Ich übernehme die Verantwortung für die Millionenverluste, denn als Aufsichtsratsvorsitzender bin ich offensichtlich der Aufgabe nicht gewachsen gewesen.“* Wiswe will sich künftig nur noch als DJ auf Freedom-Partys betätigen: *„Womit ich mich gut auskenne, ist die Pop-Musik der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts.“*

Selbstverständlich stimmt das nicht. Verantwortung zu übernehmen, war in Celle nie eine Stärke auf dem Chefsessel im Landratsamt. Wiswe wird „uns“ noch bis zur Kommunalwahl im nächsten Jahr erhalten bleiben.

Und dies ist auch so, weil niemand einfordert, dass da jemand verantwortlich ist. Einzig von der FDP gab es mal eine giftige Pressemitteilung; Überschrift: *„Keine Kenntnis von Nichts / Ein Aufsichtsrat nach 20 Jahren Arbeit“*. Seit 20 Jahren bemühe Wiswe sich, sich in das AKH Celle einzuarbeiten: *„Den Landkreis hat er mit behäbiger Ruhe geführt, den Aufsichtsrat des AKH Celle ebenfalls. Was aber im Landkreis funktioniert hat, das hat in dem sensiblen Wirtschaftsbetrieb Allgemeines Krankenhaus Celle (AKH) zum Kollaps geführt.“*

Kurzer Rückblick: Wie aus dem Nichts – jedenfalls für den Aufsichtsrat und seinen Vorsitzenden – stand die AKH-Gruppe im Dezember 2018 finanziell am Abgrund. Das Jahr wurde mit einem Minus von fast 19 Millionen abgeschlossen, was u.a. den vorherigen Geschäftsführer dazu veranlasst hatte, die laufenden Geschäfte rechtswidrig aus einem Baukredit zu finanzieren.

Der Landkreis Celle musste den Laden vor der Insolvenz retten; in einem ersten Schritt wurde ein Liquiditätskredit in Höhe von 12 Mio. EUR und in einem zweiten von 16 Mio. EUR gewährt.

Die neuen Geschäftsführer versprachen zu Beginn 2020 in einer Mittelfristplanung zwar, dass die AKH-Gruppe sowohl in Celle wie in Peine ab 2021 wieder Gewinne machen würde (in Celle 4 – 5 Mio. EUR, und die Million sollte 2024 auch in Peine erreicht werden). Deshalb sind die Gründe nicht unbedingt nachvollziehbar, warum das Klinikum Peine verkauft werden soll.

Als Möglichkeit aber stand dies ziemlich schnell im Raum, weil – nach den offiziellen Zahlen – Peine seit Jahren nur noch Verluste erwirtschaftet; Bestandteil des eine Million Euro teuren „IDW S 6 Sanierungsgutachtens“ wurde diese Verkaufsoption aber nicht. (Weshalb man jetzt mit dem Gutachten an sehr vielen Punkten nichts mehr anfangen kann.)

Seit September 2019 gibt es einen Aufsichtsratsbeschluss, Verkaufsverhandlungen führen zu wollen, und Landrat Wiswe verkündete bei einem Dämmerschoppen der CDU in Hambühren: *„Ich bin auch bereit, das Klinikum an einen privaten Investor zu verkaufen. Der Preis wird sich an den Investitionen ermesen, die wir als Landkreis in Peine investiert haben.“* Aber da gab es – laut CZ – auch noch vier Interessenten.

Nachdem im Frühjahr 2020 nur noch Stadt und Landkreis Peine an einer Übernahme interessiert waren, stellte Landrat Wiswe sich quer. Denn die Interessenten stellten Forderungen, die sich – so Wiswe – unterm Strich auf rund 40 Millionen Euro belaufen würden. „Angesichts dieser Summe bezweifeln wir, dass hier ein ernsthaftes Interesse an der Übernahme des Peiner Klinikums besteht“, so Wiswe. Und Aufsichtsratsmitglied Maximilian Schmidt (SPD) sekundierte: *„Fakt ist: Wir werden mit Sicherheit nicht alles bezahlen, was in Peine schief gelaufen ist.“*



Im März wurde das Klinikum Peine deshalb in die Insolvenz geschickt. Zum einen sicher mit dem Ziel, Peine unter Druck zu setzen, zum anderen – wie Wiswe gegenüber der CZ offenbarte – durch die Übernahme der Personalkosten durch die Arbeitsagentur eine „finanzielle Entlastung“ zu bekommen. Teilsanierung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung und deren Beitragszahler*innen? Ja – so sieht es aus.

In der Tat gingen dann die Verhandlungen voran: Das zur AKH-Gruppe gehörende Klinikum Peine wird nach den Beschlüssen der dortigen kommunalen Gremien voraussichtlich ab dem 1. Oktober von Landkreis und Stadt Peine übernommen. Den Menschen in Peine ist nur zu wünschen, dass es klappt.

Die Bedingungen gestalten sich für die AKH-Gruppe so (öffentlich in den Beschlussvorlagen der Peiner Gremien):

- Das AKH Celle wird sich zum Übernahmzeitpunkt mit einmalig 1,8 Mio. € beteiligen.
- Weitere 200.000 € werden zu Deckung von möglichen Verlusten der Monate Juni bis September 2020 vom AKH Celle zur Verfügung gestellt.
- Regelungen zum möglichen Rückfluss aus Verlustübernahmen der Zeit von Juni bis September 2020 an den Landkreis Peine und das AKH Celle
- Beibehaltung der Insolvenzanmeldung der vom Landkreis Peine gewährten Darlehen von 4 Mio. € und damit Entlastung der Gesellschaft von Rückzahlungsverpflichtungen
- Verzicht des AKH Celle auf Forderungen in Höhe von ca. 11,5 Mio. €
- Verbleib von erheblichen Vermögensgegenständen in der Gesellschaft, wie z.B.:
 - Forderungen in Höhe von ca. 4,3 Mio. €
 - Separierungskonto in Höhe von ca. 1,1 Mio. €
 - Barguthaben in Höhe von ca. 250.000 €
 - Betriebsimmobilie im Buchwert von etwa 13 Mio. €
 - Bewegliches Anlagevermögen im Buchwert von ca. 2,6 Mio. €

Wenn wir das addieren, kommen wir sehr nahe an die 40 Millionen, die Landrat Wiswe vor der Insolvenz noch so vehement abgelehnt hatte.

Während der Kauf übrigens in den kommunalpolitischen Gremien in Peine transparent auch für die Bürger*innen diskutiert wurde, sind in Celle nicht einmal die Kreistagsmitglieder informiert worden. Weder von der AKH-Gruppe, noch vom Aufsichtsratsvorsitzenden Wiswe gab es – Stand 11.08.2020 – gegenüber der Öffentlichkeit eine Stellungnahme. Im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz heißt es unter "§ 85 Zuständigkeit": „(6) In Landkreisen [...] informiert die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über wichtige Angelegenheiten des Landkreises [...].“

Klaus Wiswe ist seit 1999 Landrat und seitdem in dieser Funktion Vorsitzender der AKH-Gruppe. Er hat insofern weit den gescheiterten Expansionskurs der letzten 20 Jahre mit zu vertreten. Hier ein kurzer Rückblick:

2003 wurde das Krankenhaus des Landkreises Peine von AKH Celle übernommen und als Klinikum Peine gGmbH weitergeführt.

2005 wurde das kirchliche Krankenhaus St. Josef Stift in Celle übernommen und umbenannt in Krankenhaus St. Josef-Stift gGmbH.

2007 wurde die Berta-Klinik in Hannover gekauft, um Patient*innen aus der Landeshauptstadt für das Celler Krankenhaus zu gewinnen.

2010 mussten die beiden Krankenhäuser in Celle verschmelzen, um eine Insolvenz des Krankenhaus St. Josef-Stift zu vermeiden.

2012 wurde die Berta-Klinik wieder veräußert.



Foto: Jürgen Elendt

Bis 2014 wurden Schritt für Schritt Abteilungen des St. Josef-Stift ins AKH überführt und das Krankenhaus dicht gemacht.

Eine rundum gescheiterte Geschäftspolitik, für die niemand die Verantwortung übernehmen will. Warum nicht? Das liegt auch an der Konstruktion des Aufsichtsrates. Dem gehören stimmberechtigt nur Kommunalpolitiker und eine Kommunalpolitikerin an.

Er setzt sich aktuell zusammen aus: dem Landrat Klaus Wiswe (Vorsitzender) und sieben vom Kreistag benannten weiteren Mitgliedern: Dr. Hans-Georg Ratsch-Heitmann (CDU, stellv. Vorsitzender), Angela Hohmann (SPD, stellv. Vorsitzende), Thomas Adasch (CDU), Dr. Harten Voss (FDP), Frank Pillibeit (AfD), Maximilian Schmidt (SPD), Torsten Harms (CDU), Christian Ehlers (B'90/Die Grünen). Ein Gremium mit überwältigender Kompetenz.

Im neuen Aufsichtsrat des Klinikum Peine drängt sich zwar auch „politisches Personal“, aber immerhin sollen dem 11-köpfigen Gremium stimmberechtigt zwei Betriebsräte und zwei externe Expert*innen angehören.

Mit beratender Stimme gehört dem Celler Aufsichtsrat übrigens bis zum Oktober weiterhin Peines Erster Kreisrat Henning Heiß an. Den hatte das Gremium unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Wiswe im September 2019 rausschmeißen wollen, dabei aber „übersehen“, dass es eine schriftliche Vereinbarung mit dem Landkreis Peine gab, die diesen Sitz zusichert. Kompetenz selbst im Kleinen, oder?

Klimarelevanz von Ratsbeschlüssen prüfen

Ende November 2019 hatte der Rat in einen umfassende Resolution zu Klimafragen beschlossen. Darin enthalten war der Auftrag an die Verwaltung, in den Beschlussvorlagen künftig auch die Klimawirkungen auszuweisen. Da das bis heute nicht passiert ist, hat die Ratsfraktion Die Linke/BSG im Juli mit einem Antrag nochmal nachgehakt.

Fraktionschef Oliver Müller dazu: „Seit März gibt es eine sehr praxisnahe Orientierungshilfe vom Deutschen Institut für Urbanistik, wie Beschlussvorlagen oder Anträge schon bei der Erstellung auf "Klimarelevanz" geprüft werden können. Wir wollen, dass die Verwaltung auf dieser Grundlage - salopp gesagt - mal zu Potte kommt.“

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und dem Deutschen Städte- tag (DST) heißt es dazu:

„Ziel dieser Orientierungshilfe ist es, mit einer möglichst einfachen und wenig aufwändigen Vorgehensweise aufzuzeigen, wie die in den Beschlussvorlagen beantragten Maßnahmen auf ihre Klimarelevanz geprüft werden können. Dadurch soll auch den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern/-innen eine gut nachvollziehbare und zugleich sachgerechte Entscheidungsgrundlage geboten werden.“

Vorgeschlagen wird ein zweistufiges Verfahren, das in der ersten Stufe aus einer Vor-Einschätzung der Klimarelevanz und in der zweiten Stufe aus einer Prüfung der Klimarelevanz besteht.

„Wer soll's machen?“ ist die erste Frage, die sich dann für die Verwaltung stellt. Zwar gibt es in Celle einen Klimaschutzmanager, aber der hat genug damit zu tun, Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen. Da es anderswo ähnlich aussieht, wird folgendes vorgeschlagen:

„Es wird daher dafür plädiert, dass bei der Erstellung der Beschlussvorlagen das jeweilige Fachressort, bei dem die Sachkenntnis über die zu beschließende Maßnahme vorhanden ist, eine Einschätzung und dann Prüfung der Klimarelevanz vornimmt. Bei Bedarf kann das für den Klimaschutz zuständige Fachamt mit seiner Expertise zur Einschätzung und Prüfung der Klimarelevanz einbezogen werden; dies gilt auch für die Identifizierung und Darstellung von Optimierungspotenzialen und Vorschlägen für Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen. Denkbar wären hierbei beispielsweise auch Informationsveranstaltungen oder Schulungen in den Fachressorts.“

Neben der effizienteren Vorgehensweise liegt ein weiterer Vorteil dieser Zuordnung der Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen darin, dass die Fachressorts für die Klimaauswirkungen ihrer Vorhaben und Maßnahmen zunehmend sensibilisiert und die Beschlüsse zur Steigerung des Klimaschutzes von der gesamten Verwaltung umgesetzt werden müssen.“

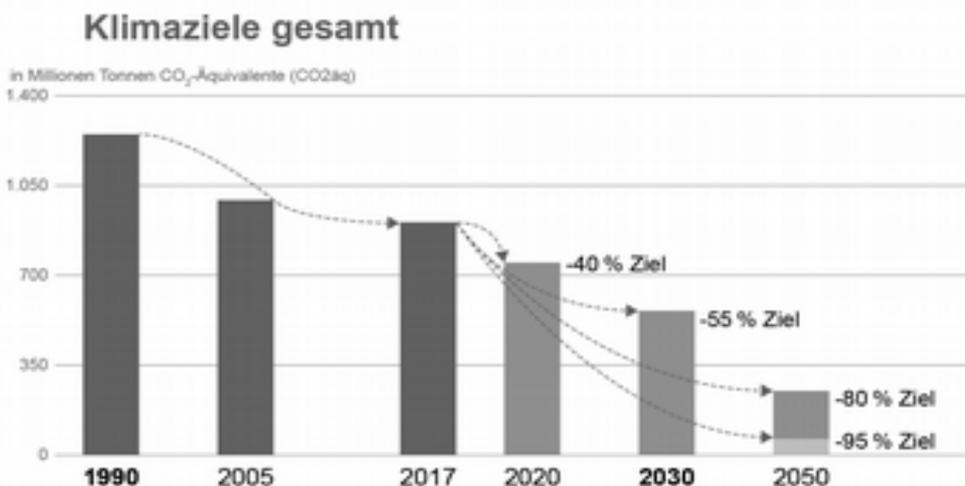
Im zweiten Schritt geht es dann um die Einschätzung des Treibhausgas(THG)-Ausstoßes in CO₂-eq (Kohlendioxidequivalent). Vorgeschlagen wird hier eine Einteilung in "erhebliche Reduktion", geringfügige Reduktion", geringfügige Erhöhung", "erhebliche Erhöhung".

Hier fängt es an kompliziert zu werden: Welche Emissionsfaktoren werden für die Berechnung angesetzt? Kann ein CO-Bilanzierungs-Tool für Einzelmaßnahmen angeschafft werden? Ab wieviel Tonnen CO-Äquivalenten ist die auf der Beschlussvorlage bewertete Tätigkeit tatsächlich „klimarelevant“?

Selbstverständlich lassen sich Dienstwagen oder Sanierungsmaßnahmen vergleichsweise einfach bewerten. Aber wie ist es mit Bodenversiegelung oder Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur?

Dann stellt sich die Frage: Was ist geringfügig und was erheblich? In der PM des Difu wird zur Orientierung vorgeschlagen: geringfügig < 100 t CO₂-eq pro Jahr, erheblich: > 100 t CO₂-eq pro Jahr.

Zur Veranschaulichung: Die Zahlen basieren auf der Annahme, dass eine Person in Deutschland etwa 10 Tonnen THG-Emissionen pro Jahr ausstößt. Zur Bewertung der Auswirkungen auf den Klimaschutz wird der durch-



schnittliche THG-Ausstoß von 5 Haushalten à 2 Personen herangezogen, d.h. 100 t CO₂-eq pro Jahr. Anhand dieses Richtwertes sollen die Auswirkungen des Beschlusses bzw. der Maßnahme festgestellt werden. Zusätzlich wäre sinnvoll, zusätzlich zur Mengenangabe auch die Dauer des THG-Ausstoßes als Parameter zu betrachten.

Was die Prüfung bei Großprojekten bedeuten kann, hat Detlef Gerdts, Fachbereichsleiter Umwelt und Klimaschutz Stadt Osnabrück, so beschrieben:

„Aus meiner Sicht zahlt sich dieses neue Vorgehen besonders im Baubereich aus, da die hier getroffenen Entscheidungen langfristig für die CO₂-Bilanz der Stadt relevant sind. Wir möchten der Politik und den Fachbereichen von Anfang an aufzeigen, welche Auswirkungen es auf die CO₂-Emissionen hat, wenn anstelle eines Neubaus nach EnEV-Regeln im KfW55-Standard gebaut oder Gebäude alternativ im Passivhausstandard entstehen. Nur so können alle Beteiligten ein Gefühl für die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf das Klima bekommen.“

Und am Ende ist von Bedeutung, wie mit Maßnahmen mit „erheblicher Erhöhung“ umgegangen wird. Hier kann der Stadtrat erwarten, dass alternative Umsetzungsvorschläge entwickelt werden – und vorher keine Entscheidung getroffen wird. Erst dann lässt sich sinnvoll entscheiden, ob die Umsetzung trotz negativer Auswirkungen auf das Klima, in alternativer klimafreundlicherer Variante oder eben gar nicht erfolgen soll.

Für Fälle, in denen keine Optimierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, könnte auch der monetäre Ablasshandel (= Kompensation) in Erwägung gezogen oder überlegt werden, ob und wo zusätzliche CO₂-Senken vor Ort angelegt werden könnten (z.B. durch Aufforstung).

Wer sich im Detail für diese Problematik interessiert, sollte mal auf die Seite „Klimaschutzmanagement in öffentlichen Projekten“ schauen (<http://www.köp.de/>). Dort gibt's zum Download ein excelbasiertes Tool „Klimawirkungsprüfung (KWP)“ - dies auch als Hinweis für Stadt- und Landkreisverwaltung.



CWC zu „Fahrradstadt Celle“

Absichtserklärungen und Feigenblätter

In Zeiten von Klimaschutz und Energiewende muss die innerstädtische Mobilität vom Individualverkehr im Pkw im großen Umfang auf ÖPNV, Fahrradfahren und zu Fuß gehen umgestellt werden. Dazu darf der Pkw-Verkehr nicht willkürlich eingeschränkt werden, ohne gut nutzbare Alternativen anzubieten. Dafür wäre eine Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in Celle eine relativ schnell durchführbare und kostengünstige Maßnahme. Hierzu hat nun Climate Watch Celle (CWC) unter dem Titel „Fahrradstadt Celle“ eine Stellungnahme herausgegeben.

Es gibt laut CWC zwar sinnvolle Vorzeigeprojekte wie z.B. das Fahrradparkhaus am Bahnhof, doch ansonsten herrschen planlose Einzelmaßnahmen vor, die die Sicherheit von Fahrradfahrerinnen und Fahrern nicht wirklich verbessern. Das sind z.B. aufgemalte Fahrradwege (sog. „Schutz“streifen), die unvermittelt und lebensgefährlich mitten in Autospuren enden.

Der Sprecher der Initiative, Reinhard Rohde, meint deshalb: „Mehr Fahrradstraßen und vor allem die nun gesetzlich möglichen Fahrradzonen sind unseres Erachtens unerlässlich. Dabei sollte über den begrenzten Rahmen hinausgegangen werden, den jetzt die CDU in einem Antrag formuliert hat.“

Was laut CWC nach wie vor fehlt, ist ein mit eindeutigen Zielen und Umsetzungsterminen versehener Ausbau- und Verbesserungsplan für ein sicheres und ohne Unterbrechungen nutzbares Radwegenetz. Leider sind laut CWC sowohl der aktuelle Antrag der CDU-Fraktion zur „Überprüfung der Möglichkeit von Fahrradzonen“ als auch der Antrag der SPD aus 2019 „Verkehrskonzept mit Gleichwertigkeit aller Verkehrsteilnehmer“ hierfür nicht ambitioniert genug. Reinhard Rohde: „Ohne deutliche Einschränkung des Autoverkehrs wird es eine „Fahrradstadt Celle“ nicht geben. Dazu braucht es den politischen Willen und auch einer ehrlichen Vermittlung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.“

Die Stellungnahme findet sich auf der Website der Initiative: <https://www.climate-watch-celle.de>

Wende in der Klimapolitik? Nächstes Jahr

Mehr als zehn Jahre hat es gebraucht, bis sich im Kreistag eine Mehrheit fand für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts. Aber nicht nur das. In der Kreistags-sitzung am 25. Juni 2020 wurde zudem die Schaffung einer Stelle mit dem Schwerpunkt Klimaschutz bei der Wirtschaftsförderung sowie einer weiteren bei der Unteren Naturschutzbehörde mit dem Schwerpunkt "Nachhaltige Waldbewirtschaftung" beschlossen. Hier der Beschluss im Wortlaut:

Der Landkreis Celle erstellt ein Klimaschutzkonzept und setzt dieses um. Vor der Erstellung sollen die Basisdaten der Kreisverwaltung und Gemeinden zusammengetragen werden. Hierzu gehören die schon vorhandenen Klimaschutzkonzepte in den Landkreisgemeinden und der Stadt Celle sowie die bereits durchgeführten Maßnahmen, die in das Konzept einzubeziehen sind. Dafür sollen alle möglichen Fördermittel in Anspruch genommen werden.

In dem Bereich der Wirtschaftsförderung wird eine Stelle mit einem Schwerpunkt Klimaschutz eingerichtet, die verwaltungsintern und ebenso extern informiert und berät.

Sie sollte Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger zu Beratung und Unterstützung klimafreundlicher Aktivitäten, wie auch Investitionen und möglicher Förderprogramme sein.

Regionale Wirtschaftsförderung und Klimaschutzberatung/-förderung ergänzen sich bspw. in der Erstellung und Förderung klimafreundlicher Gebäude aus Holz und der Nutzung erneuerbarer Energien.

Der verstärkte Ausbau von PV-Anlagen auf privaten, gewerblichen und kommunalen Gebäuden und Freiflächen bietet ein großes Potenzial zur Erzeugung von erneuerbarem Strom. Insbesondere die Schulgebäude eignen sich hierfür auch unter dem Aspekt klimaschutzorientierter Bildung und Ausbildung. Die Beratung und Förderung müssen auch in diesem Bereich vorrangig erfolgen.

Der Wald ist bundesweit der größte CO₂-Speicher. Es wird ein Förster in der Unteren Naturschutzbehörde eingestellt, der im Rahmen der Beratung einen Schwerpunkt auf nachhaltige Waldbewirtschaftung lenken soll. Hier sollte beratend auf den Anbau klimafreundlicher Baumarten wie Douglasie, die doppelt so viel CO₂ bindet wie die Kiefer, hingewiesen werden. Im Landkreis Celle mit seinem hohen Waldanteil wäre hier ein Umdenken in der Waldwirtschaft eine der wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen.

Zum Klimaschutzkonzept hatte die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen im Oktober 2019 einen entsprechenden Antrag gestellt. Der ersten Antrag dieser Art kam schon im April 2009 von der Fraktion Die Linke/BSG. Seit November 2010 stellte wiederkehrend B'90/Die Grünen Anträge, die aber nie eine Mehrheit fanden.

Dass der Landkreis und insbesondere die Gemeinden im Nordkreis "weiße Flecken" auf der Landkarte von Klimaschutzplänen bilden, zeigt sich anschaulich auf einer Grafik „Klimaschutzkonzepte und Masterpläne im

Gebiet der Metropolregion“ - der Nordkreis von Celle ist zwischen Soltau und Göttingen, Nienburg und Helmstadt das einzige Gebiet in der sogenannten Metropolregion, für das nichts vorliegt.

Was war dieses Mal anders?

Im vergangenen Jahr hat die Fridays-for-Future-Bewegung das Thema Klimaschutz auf den obersten Platz der politischen Agenda gesetzt.

Daraufhin fand sich auch im Kreistag eine Mehrheit für einen von der SPD-Fraktion gestellten Antrag "Klima in Not", der in einer entsprechenden Resolution mündete. Jetzt dann daraus folgend nichts zu tun, hätte die CDU-Fraktion in Rechtfertigungsnot gebracht. Die Verwaltungsspitze vertrat übrigens bis zuletzt die Position: „Für ein integriertes Klimaschutzkonzept besteht [...] kein Bedarf.“

Zu den Gründen, warum sich dann doch eine Mehrheit fand, gehört noch folgendes: Die Ansiedlung der Klimaschutzbeauftragten bei der Wirtschaftsförderung und die zusätzliche Einstellung einer Försterin bei der Unteren Naturschutzbehörde. Während es für die eine Stelle einen zehnjährigen Vorlauf gab, wurde die Stelle für "Nachhaltige Waldbewirtschaftung" in der letzten Ausschussberatung von der CDU praktisch aus dem Ärmel geschüttelt - kann also als ihr "Beitrag" gelten.

Und hier sind wir bei den Problemen des Beschlusses: Im Grunde genommen wurden Stellen geschaffen, ohne dass es eine hinreichende Stellenbeschreibung gibt. Im Falle der Klimaschutzbeauftragten ist dies nicht so gravierend. Denn selbstverständlich haben andere Landkreise und Städte seit Jahren Erfahrungen mit entsprechenden Stellen. Die Ansiedlung bei der Wirtschaftsförderung lässt aber einen Schwerpunkt erkennen, der Konfliktpotenzial bergen könnte. Andererseits ist zu beobachten, dass die Städte Celle und Bergen, die Landkreisgemeinden sowie die Kreisverwaltung selbst in der Vergangenheit mögliche Förderprogramme (Europa, Bund, Land) viel zu wenig in Anspruch genommen haben. Hier könnte die Klimaschutzbeauftragte in der Tat mit rechtzeitigen Hinweisen und Beratung Abhilfe schaffen.

Allerdings sollte unseres Erachtens eine Klimaschutzbeauftragte auch den Auftrag bekommen, die Aktivitäten der Kreisverwaltung auf Klimaschutz hin zu überwachen und zu kontrollieren. So wäre z.B. der Beschluss, CeBus ausschließlich mit Dieselnissen zu modernisieren, sicher nicht durchgegangen. Diese Aufgabe einer Klimaschutzbeauftragten fehlt aber im Kreistagsbeschluss völlig.

Und insgesamt hat sich der Kreistag insoweit vom Landrat über den Tisch ziehen lassen, als es jetzt heißt: Stellenausschreibungen wird es erst für 2021 geben, denn erst mit dem dann im November zu beschließenden

Haushalts- und Stellenplan sei die rechtliche Möglichkeit geschaffen.

Die unter den Punkten 3 und 4 genannten Schwerpunkte machen zudem deutlich, dass Kreistag und Kreisverwaltung nur Ausschnitte der Problematik im Blick haben und die Verwendung eines kuriosen Begriffs wie "erneuerbarer Strom" zeigt, dass der Klimadiskurs hier nicht zum Alltag gehört. Aber: Das soll sich ja ändern.

"Nachhaltige Waldbewirtschaftung" muss in einem Landkreis wie Celle mit einem Anteil von "Wald" an der Gesamtfläche in Höhe von 46 Prozent in den Blick genommen werden. Beim "Wald" allerdings sind 80 Prozent Nadelwald. Im Privatbesitz sind übrigens knapp 60 Prozent der Waldfläche. "Nachhaltige Waldbewirtschaftung" - jedenfalls so wie es das Umweltbundesamt versteht - dürfte in vielem mit den Interessen privater Waldbesitzer*innen nicht konfliktfrei zu haben sein. "Douglasie statt Kiefer" ist da sicher zu einfach gedacht. Und wie wir hier zeigen: Ja - Wald ist als CO₂-Senke unbedingt zu erhalten, aber - der zusätzlichen Klimaschutzfaktor bei nachhaltiger Waldwirtschaft sollte nicht überschätzt werden - siehe "Informationen zu Wald als CO₂-Senke, aktuellem Waldzustand, Aufforstung, Nutzwald, Mischwald, Naturwald, Holzwirtschaft, Holzhausbau usw." auf der Website von www.climate-watch-celle.de

CWC

FoodSaving jetzt regelmäßig 2x die Woche: Mittwochs und Samstags!

Die kostenfreie Verteilung von gespendeten und geretteten Lebensmitteln geht auch nach der Wiedereröffnung der Tafel weiter. Wann? Immer Mittwochs von 18.30 bis 19 Uhr und Samstags von 15 bis 15.30 Uhr. Spenden? Mitmachen? Wer mitmachen oder uns unterstützen möchte, kann sich per Mail an foodsavingcelle@riseup.net wenden, sodass wir bei Bedarf nachfragen können.

Linke/BSG fordert Leerstandskataster

Da sage noch jemand, dass Aktionen und Einwohner*innen-Anfragen nichts bringen. Die Ratsfraktion Die Linke/BSG hat jetzt beantragt, dass die Stadt ein Erstellen eines Leerstands- und Baulückenkataster einrichten soll. In einer der letzten Ratssitzungen hatte eine Bürgerin darauf hingewiesen, dass es das in der Stadt Celle nicht gibt. „Zu schön zum Gammeln“ - siehe nächste Seite – war dann ein weiterer Anstoß. Ein solches Kataster gibt Auskunft über räumliche Häufungen von bestehenden Wohn- und Gewerbeleerständen, über Innenentwicklungspotenziale oder drohende Leerstände. Für die Stadtentwicklungsplanung dürfte dies ein sehr nützliches Instrument werden. Die erfassten Daten, das sei hier hinzugefügt, wären allerdings nicht öffentlich verfügbar, sondern nur zum verwaltungsinternen Gebrauch.



Eigentlich ging alles 1971 in Hannover los. Mit dem roten Punkt auf Autos, deren Besitzer*innen mit diesem Zeichen zum kostenlosen Mitfahren einluden – als Reaktion auf und Protest gegen Preiserhöhungen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr.

Seitdem gab und gibt es die unterschiedlichsten Ideen, Konzepte und Realisierungen eines ÖPNV zum Nulltarif. Die Herausgeber*innen stellen Erfahrungen aus Deutschland, Belgien, Italien, Estland, Griechenland, Schweden, Frankreich, Polen, Brasilien, Kanada, USA und China zusammen und umrahmen diese Berichte durch vier Artikel zur Geschichte und zum politischem Hintergrund der Diskussion.

Heute (2018) sind 71% der deutschen Bevölkerung für eine kostenlose urbane Mobilität mit Bussen und Bahnen und am 1. März 2020 hat Luxemburg als erster Staat der Welt den Nulltarif im ÖPNV umfassend eingeführt.

Die Finanzierung ist dabei gar nicht so ein großes Problem, wenn man bedenkt, dass sich in Deutschland der ÖPNV zu rund 70% selbst finanziert, der Kostendeckungsgrad des Autoverkehrs hingegen je nach Kommune bei nur 15% bis 45% liegt. Es geht also in erster Linie um den politischen Willen, zu einer Mobilität für alle einzutreten und die Übermacht des Autoverkehrs zu beenden.

Allen gelungenen Ansätzen gemeinsam ist, dass nicht nur der Fahrkartenverkauf eingestellt und die ÖPNV-Nutzung kostenlos wurde, sondern dass dieser Schritt Teil eines Maßnahmenpakets war, der fast immer eine Schaffung größerer ÖPNV-Kapazitäten und oft auch eine geänderte Verkehrsplanung einer Stadt beinhaltete (mehr Buslinien, schnellere Taktung, Schaffung exklusiver Busspuren).

Als Fazit bleibt zweierlei: Zum einen wurde in keinem Fall die Zentralität des Autos für die Mobilität wirklich gebrochen. Und zum anderen muss die „Einführung des Gratis-ÖPNVs ... als Teil eines umfassenderen, langfristigen und auch widersprüchlichen Umbaus von Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Ernährung und Mobilität verstanden werden. Diese Lebenssphären gehören zusammen.“ (S. 196)

Michael Brie/Judith Dellheim (Hrsg.) Nulltarif, Luxus des Öffentlichen im Verkehr: Widersprüchlicher Fortschritt einer Idee im ÖPNV, 240 Seiten, ISBN 978-3-96488-011-6, Hamburg 2020, 16,80 €

„Zu schön zum Gammeln“

Am 31. Juli hat die Aktionsgruppe „Celle Positiv Besetzen“ durch Banner und Schilder auf ungenutzte Gebäude in Celle hingewiesen. Der Protest richtet sich gegen die Leerstandspolitik. Gleichzeitig drückt die Gruppe Solidarität mit den von Zwangsräumungen bedrohten Wohn- und Kulturprojekten „Liebig34“, „Syndikat“, „Potse“, „Meuterei“ und „Rigaer94“ in Berlin aus.

Denn viele Gebäude stehen überall, so auch in Celle, leer, während wie verrückt gebaut wird, um neuere und teurere Immobilien zu haben. „Wo ist der Sinn?“ fragen sich viele. Für Menschen mit wenig oder gar keinem Einkommen wird es immer schwieriger, bezahlbare Wohnungen zu finden.

Marie, eine der Aktivist*innen, sagt zu ihrer Motivation: „Es ist traurig, zu sehen, wie eine so schöne Stadt wie Celle zum Spekulationsobjekt reicher Firmen und Menschen wird. An allen Ecken und Enden vergammeln mögliche Zuhause und daneben sollen Wald- und Grünflächen neuen Betonkästen weichen. Wir fordern erschwingliches Wohnen für alle und die Sanierung und Weiternutzung bestehender Gebäude!“

Es wäre möglich die gesamten Häuser, die in Celle und anderswo leer stehen, zu renovieren und wieder zu nutzen, bevor weitere Gebäude gebaut werden.

Auf Schildern vor staubigen, verlassen Fenstern weist die Aktionsgruppe zudem auf die Umweltzerstörung und Menschenrechtsproblematiken bei Neubauten hin: Die Zementproduktion trägt massiv zum globalen Klimawandel bei. Zudem wird durch Kalksteinabbau fruchtbares Land verseucht, indigene Gemeinschaften im globalen Süden werden vertrieben.

Selina, ebenfalls von „Celle Positiv besetzen“, kritisiert: „In einer Welt, wo es immer mehr um Profit und Ausbeutung geht, werden kollektive Projekte, die ein alternatives Leben entwickeln, massiv angegriffen. Etwa das Syndikat, die Meuterei oder die Liebig 34 in Berlin,



der Wagenplatz Unfug in Lüneburg - sie alle sollen geräumt werden und damit nicht mehr existieren. So werden in einer Zeit, wo rechte Strukturen und Rassismus massiv erstarken - ob in der Bundeswehr, Polizei, in den Parlamenten durch die AFD oder an den EU-Außengrenzen durch Abschottung - linke Gedanken und Alternativen bekämpft, während das rechte Auge blind bleibt.“

„So geht es doch nicht weiter“, bilanziert Marie, „Celle soll doch für ein gesundes, lebendiges und lebenswertes Umfeld für alle Menschen, alle Altersgruppen stehen. Ein erster, aber wichtiger Schritt dahin ist es, bestehende Häuser zu pflegen und preiswert zur Verfügung zu stellen. Wenn sich nicht bald etwas ändert, werden wir die Sache selbst in die Hand nehmen und Celles Leerstand selbst positiv besetzen!“

Die Aktionsgruppe fordert: „Wir wollen die Häuser für die, die sie brauchen - nicht für Spekulant*innen. Wir wollen eine Rücksicht auf die Natur - also keine Abholzungen und Versiegelung des Bodens. Wir wollen zur Ruhe kommen, das, was es gibt, gerecht teilen und aufeinander und die Natur achten. Deshalb haben wir uns die Häuser für einen Moment genommen, um zu zeigen, was möglich wäre! Es gibt wunderschöne Häuser in dieser Stadt, die einfach zerfallen oder leer stehen. Lasst sie uns nutzen, mit Leben, Kunst und Kultur füllen, Orte der Begegnung schaffen.“



Nach drei Warnstreiks gibt es jetzt eine Urabstimmung über Streik

Langwieriger Tarifikampf bei Delta

Der Celler Firma *Delta Systemtechnik* steht ein Streik ins Haus, denn der Arbeitgeber weigert sich, über die Anbindung an den Flächentarifvertrag der IG Metall überhaupt zu verhandeln. Wir sprachen mit Lennard Aldag von der IG Metall (siehe Foto rechts).

??: *Wie groß ist die Firma eigentlich und was wird dort produziert?*

!!: Die Firma hat knapp 100 Beschäftigte. Sie bauen Frischwarmwasserstationen für Neubauten, Solarübergabestationen und ähnliches – also Technik im Bereich der Erneuerbaren Energien. Delta Systemtechnik gehört als 100-prozentige Tochter zum finnischen Uponor-Konzern, der mehrere Firmen in Deutschland hat.

??: *Was fordern die Beschäftigten?*

!!: Sie wollen eine Anbindung an den niedersächsischen Flächentarifvertrag der Metallindustrie. Die Forderung ist übermittelt, aber der Arbeitgeber weigert sich zu verhandeln.

??: *Es geht um Geld?*

!!: Ja, es geht auch und vor allem um Geld. Als sich vor zwei Jahren der Betriebsrat gegründet hat, lagen etliche Beschäftigte nur knapp über dem Mindestlohn. Von den Tarifentgelten waren viele um mehr als 30 Prozent entfernt. Das ist heute nicht mehr bei allen so, weil der Arbeitgeber zwischenzeitlich einige Kolleg*innen in Tarifnähe gehoben hat. Aber am nächsten Tag gab es trotzdem einen Warnstreik. Das hat den Arbeitgeber, denke ich, schon irritiert. Aber die Beschäftigten wissen ja einerseits, dass eine einmalige Erhöhung für die Zukunft nicht viel bedeutet. Und andererseits geht es bei der Anbindung an den Tarifvertrag ja auch um mehr, Arbeitszeiten, Weihnachts- und Urlaubsgeld und vieles andere.

??: *Die drei Warnstreiks bisher – erst eine Stunde, dann drei und dann 24 Stunden – haben nicht die erhoffte Wir-*

kung gezeigt. Wie geht's jetzt weiter.

!!: Die Gewerkschaftsmitglieder werden jetzt in einer Urabstimmung über den Streik entscheiden und über die Forderungen. Wir von der IGM Geschäftsstelle organisieren dann das Ganze drumherum: Streikkomitee, Aktiventreffen, Beratung usw.

??: *Die Geschäftsführung hat bisher ja auf stur geschaltet und sogar versucht, ein Betriebsratsmitglied rauszuschmeißen.*

!!: Eine Stunde nach dem Warnstreik vom letzten November wurde der Kollege von der Arbeit freigestellt und beim Betriebsrat die Zustimmung zur Entlassung beantragt. Da der Betriebsrat die Zustimmung nicht erteilte, hatte der Arbeitgeber versucht, sich diese beim zuständigen Arbeitsgericht in Celle ersetzen zu lassen und war dort schon in erster Instanz krachend gescheitert. Trotzdem war der Arbeitgeber nicht bereit, ihn wieder an seinen Arbeitsplatz zu lassen. Mit dem Rechtsschutz der IG Metall wurde ein Antrag an das Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung gestellt werden. Mitte Juni konnte der Kollege nach über sechs Monaten wieder an seinen Arbeitsplatz. Ich denke, hier sollte ein Exempel an einem engagierten Betriebsrat statuiert werden.

??: *Was denkst du, warum auf Seiten der Geschäftsführung so gar keine Verhandlungsbereitschaft vorhanden ist?*

!!: Zum einen ist der Geschäftsführer auch Gründer der Firma gewesen. In solchen Fällen erleben wir häufiger, dass die überhaupt nicht verstehen, wenn andere – in diesem Fall die Beschäftigten – ihnen „reinreden“ wollen. Ich habe aber eher, ob der Uponor-Konzern bei seinen deutschen Niederlassungen schlicht die Gewerkschaften draußen lassen will – also tariffreie Zone bleiben will. Weil, wenn ich auf Umsatzrenditen und Dividenden des Konzerns schaue, liegt's nicht daran, dass das Geld nicht da wäre. Deshalb schauen wahrscheinlich auch viele Beschäftigte in den anderen deutschen Firmen des Konzerns nach Celle, und hoffen darauf, dass hier ein Durchbruch in der Tariffrage erzielt werden kann.

Foto: Mitte Dezember 2019 hatte der DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen bei Delta die "Tarifbaustelle" eröffnet und die Firma symbolisch abgesperrt.



Foto: IG Metall Celle-Lüneburg

Foto: DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen



AfD hilft CDU / Oops – they did it again

Nach dem Debakel um die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten war für den gefühlten Kanzlerkandidaten Markus Söder klar: „Wir haben auch nochmal ganz klar gemacht, dass wir jede Form der Zusammenarbeit, und sei's nur der Kaffeepausch, in einem Kommunalparlament mit der AfD ablehnen.“

Die Celler CDU-Ratsfraktion nimmt's da weit weniger genau. In der Ratssitzung am 17. Juni diesen Jahres hatte Oberbürgermeister Dr. Nigge eine Beschlussvorlage eingebracht, die die Abgabe der Kindstagespflege an den Landkreis vorsah. Er bekam mit 23 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen eine Mehrheit. Diesmal hätte es zwar auch ohne die drei (von vier) Stimmen der AfD-Fraktion gereicht, aber nur weil drei Ratsmitglieder fehlten. Letztlich hat sich Nigge wieder auf die Unterstützung der AfD verlassen.

Der bürgerliche Block aus CDU (16), FDP (2) und Unabhängigen (2) hat 19 Stimmen plus die des Oberbürgermeisters. Bei 43 Ratsmitgliedern wären für eine Mehrheit also 22 Stimmen erforderlich. Für eine konsistente Politik wäre es selbstverständlich am besten gewesen, dass Fraktionen eine längerfristige Vereinbarung treffen – eine Art Koalition: Jamaika z.B. hätte diese Mehrheit.

Was allerdings von Beginn an zu beobachten ist: OB Nigge und die CDU setzen auf Mehrheit von Gnaden der AfD.

Schon in der konstituierenden Ratssitzung hatten CDU, Unabhängige und FDP kein Problem damit, ihre Kandidaten mit Hilfe der AfD durchzubringen. So hätte es für den Ratsvorsitzenden Joachim Falkenhagen (FDP) nicht gereicht - erst die vier Stimmen der AfD brachten ihm die erforderliche Mehrheit. Bei den Wahlen zu den ehrenamtlichen Bürgermeistern wurde Heiko Gevers (CDU) mit den Stimmen der AfD gewählt. Auch Iris Fiss (Unabhängige) wurde mit 23 Stimmen und einer Gegenstimme gewählt. Die Abgeordneten von SPD, B'90/Die Grünen, WG, Partei, BSG und Die Linke hatten vorher den Raum verlassen, um die Abhängigkeit der Wahl von den Stimmen der AfD deutlich werden zu lassen.

Das Erstaunliche: Dem bürgerlichen Block ist nicht einmal zu unterstellen, dass es Absprachen mit der AfD gab; man ließ es einfach laufen unter dem Motto: Schau'n wir mal. Und so ging es einfach weiter bis zur Verabschiedung des Haushalts 2018 im Dezember. Offensichtlich unternahmen weder die CDU noch der Oberbürgermeister auch nur die geringste Anstrengung, vor der Abstimmung eine Mehrheit für den Haushalt zu zimmern. Normal wäre gewesen, sich mit den anderen Fraktionen darüber zu unterhalten, unter welchen Voraussetzungen sie bereit wären, dem Haushalt zuzustimmen. D.h., man hätte hier und da Zugeständnisse bei In-

vestitionen oder Sparmaßnahmen machen müssen. Aber so stand man auf einmal da und hatte keine Mehrheit.

Und hier kam die AfD-Fraktion ins Spiel. Sie hatte zwar eindeutig verkündet, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Aber dann verhalf sie einem CDU-Antrag auf geheime Abstimmung zur Mehrheit. Und in dieser geheimen Abstimmung gab es dann die erforderliche Mehrheit (21 von 41 Anwesenden, zwei SPD-Mitglieder fehlten) - entweder aus den Reihen der AfD oder von Seiten der SPD. Unterm Strich aber war es das Abstimmungsverhalten der AfD, das dem bürgerlichen Block und ihrem Oberbürgermeister zu einer Mehrheit verhalf.

Am 31. Januar 2018 beschloss der Rat der Stadt Celle die Abgabe der Trägerschaft der Jugendhilfe an den Landkreis Celle zum 01.01.2019. Angenommen wurde der Antrag mit 22 gegen 18 Stimmen. Ohne die vier Stimmen der AfD-Fraktion hätte der Oberbürgermeister für seine Initiative keine Mehrheit gehabt. Diesmal war es, weil eine namentliche Abstimmung durchgeführt wurde, nachvollziehbar und wurde so protokolliert.

Und im Juni diesen Jahres hieß es dann: Ooops – they did it again. Übrigens ohne, dass es die CZ oder andere Medien für erwähnenswert hielten.

Auf dem Parteitag der CDU Deutschlands am 8. Dezember 2018 in Hamburg war beschlossen worden:

„Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnli-



che Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“

Und Generalsekretär Paul Ziemiak machte deutlich, was dieser Beschluss bedeutet:

„Jegliche Form der Zusammenarbeit - nicht nur Koalitionen, sondern jegliche Form, auch irgendwelche Stimmen oder wie auch immer von der AfD - ist für uns nicht akzeptabel. Es geht hier nicht um irgendwelche strategischen Überlegungen, es geht hier um die Frage von Werten und Grundsätzen.“

Aber – aber – aber: Am 9. Juli bekam dann ein Antrag der AfD-Fraktion hinsichtlich „Live-Übertragungen der öffentlichen Ratssitzungen im Internet“ die breite Unterstützung des Rates. Wie das zusammengeht, erläuterte Oliver Müller (Die Linke/BSG) in seinem Redebeitrag. Wir zitieren:

„Wir werden diesem Antrag zustimmen, obwohl er von der AfD kommt. Ich will Ihnen aber mal deutlich machen, warum das geht - ohne dass wir dadurch mit der AfD "zusammenarbeiten“.“

Wir haben vor 8 Jahren folgendes beantragt:

„Der öffentliche Teil der Ratssitzungen soll ab 01.01.2012 als Live-Übertragung im Internet der Stadt Celle für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein.“

Das ist aber gar nicht mal entscheidend. Entscheidend ist folgendes: Nach dem Abstimmungsergebnis im Verwaltungsausschuss wissen wir, dass es auch ohne die Stimmen der AfD eine Mehrheit für den jetzt im Rat abzustimmenden Gegenstand gibt. Also: es ist völlig egal, ob die AfD dem zustimmt.

Warum ist das wichtig? Die meisten Parteien hier im Rat haben Parteibeschlüsse, die eine Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen. Wir haben hier trotzdem schon erlebt, dass die CDU und der Oberbürgermeister für ihre Vorschläge nur deshalb eine Mehrheit bekommen haben, weil die AfD diese mit ihren Stimmen herstellt hat.

Also: Es ist egal, wie die AfD-Fraktion stimmt, wenn es ohne ihre Stimmen eine Mehrheit für einen Antrag gibt.“

Genauso ist es. Es muss völlig egal sein, wie die AfD-Fraktion abstimmt. Der Job, eine Mehrheit ohne AfD zu beschaffen, ist der des Oberbürgermeisters und der größten Fraktion, also der CDU. Solange sie sich darum nicht einmal bemühen, müssen sie sich den Vorwurf der Zusammenarbeit mit der AfD gefallen lassen.

Ach so: Im vergangenen Jahr noch meinte Nigge zur Ministerpräsidenten-Wahl des FDP-Kandidaten Thomas Kemmerich mit Stimmen der AfD, dies habe „ein mangelndes strategisches Verständnis, eklatante Instinklosigkeit sowie einen gefährlichen Umgang mit demokratischen Prozessen deutlich gemacht“. Ja – all das lässt sich zu seiner Ignoranz der Zusammenarbeit mit der AfD im Celler Rat auch sagen.



Tödliche Messerstiche Staatsanwaltschaft: „Psychotischer Schub“

Nach den tödlichen Messerstichen auf den 15-jährigen Arkan Hussein Khalaf im April in Celle hat die Staatsanwaltschaft Celle beim Landgericht Lüneburg Mitte August beantragt, den Beschuldigten Daniel S. in eine psychiatrische Klinik einzuweisen. Wir zitieren die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft:

„Dem 30-Jährigen wird vorgeworfen, im Zustand nicht ausschließbarer Schuldunfähigkeit am Abend des 07.04.2020 mit einem mitgeführten Messer unvermittelt dem auf einem Fahrrad vorbeifahrenden Opfer einen Stich von vorne in die Brust versetzt zu haben, wodurch dieses aufgrund der erheblichen Verletzung wenig später im Krankenhaus verstarb, was der Beschuldigte zumindest billigend in Kauf genommen hatte. Die Staatsanwaltschaft wertet die Tat als Totschlag nach § 212 StGB.“

Der Beschuldigte habe die Tat im Ermittlungsverfahren gestanden und angegeben, sich im Tatzeitpunkt aufgrund eines psychotischen Schubes massiv bedroht gefühlt zu haben. Nach dem von der Staatsanwaltschaft eingeholten psychiatrischen Gutachten sei zur Tatzeit bei dem Beschuldigten von einer erheblich eingeschränkten bzw. einer nicht ausschließbar aufgehobenen Steuerungsfähigkeit aufgrund einer psychotischen Störung im Zusammenhang mit einem Suchtmittelkonsum auszugehen, wobei die vermehrte Gefahr erneuter gewaltgetragener Übergriffe bestehe.

Ein ausländerfeindliches oder rechtsextremes Motiv, das der Beschuldigte bestreitet, konnte laut Aussage der Staatsanwaltschaft nach den Ermittlungen nicht festgestellt werden. Die polizeilichen Untersuchungen des persönlichen Umfelds des Beschuldigten sowie die Auswertung seiner Social Media Accounts hätten dafür keine Anhaltspunkte ergeben.

Die in Auftrag gegebenen toxikologischen Gutachten ergaben den Nachweis für einen Cannabis-, Amphetamin- und Kokainkonsum des Beschuldigten. Das Landgericht Lüneburg wird nunmehr über die Zulassung der Antragsschrift und Eröffnung des Sicherungsverfahrens entscheiden.“

Für die Familie von Arkan ist diese Bewertung selbstverständlich schwer zu ertragen. Ähnlich wie nach einer tödlichen Messerattacke in Bergen vor zwei Jahren kommt der Täter damit – so auch die Sicht großer Teile der Öffentlichkeit – „ungeschoren“ davon.

Der Prozess soll im Herbst beginnen.

Gedenkfeier zum Genozid an Ezid*innen

Zum sechsten Jahrestag des Feminizids und Genozids an den Ezid*innen im Shingal (Irak) fand am 3. August eine Gedenkveranstaltung in den Triftanlagen statt. Rund 400 Menschen, vor allem Ezid*innen, nahmen daran teil. Celles Erster Bürgermeister, Heiko Gevers (CDU) richtete ein persönlich gehaltenes Grußwort an die Teilnehmer*innen. Er brachte zum Ausdruck, dass sich die Stadtgesellschaft angesichts der vielen in Celle lebenden Ezid*innen mit den Verbrechen an der ethno-religiösen Gruppe in besonderer Weise beschäftigen sollte. In Gesprächen habe er aber festgestellt, dass es oft nur vage Kenntnisse gäbe. Deshalb zitieren wir hier ausführlicher aus der Rede von Behiye Uca, die für Die Linke im Celler Stadtrat sitzt:

„„Sie kamen, um zu zerstören.“ - Mit diesem Zitat eines religiösen Führers beginnt der Bericht der internationalen Untersuchungskommission des UNO-Menschenrechtsrats für Syrien, der die Verbrechen des sogenannten „Islamischen Staates“ an der Minderheit der Ezidinnen und Eziden untersucht hat. [...] Der Bericht listet unglaubliche Gewalttaten auf. Ich zitiere aus einem Bericht des Deutschlandfunks, weil ich denke – so schmerzhaft es auch ist –, dass wir uns die Verbrechen vergegenwärtigen sollten:

„Männer wurden per Kopfschuss exekutiert. Kinder von ihren Müttern getrennt, Frauen und Mädchen – die jüngsten neun Jahre alt – auf Märkten verkauft. [...] Wie perfide die IS-Mörder vorgehen, zeigt die Tatsache, dass sie ganze Familien zwingen zuzusehen, wie der Vater erschossen oder enthauptet wird. Leichen lässt man auf den Straßen liegen, auch Massentötungen hat es in Quani und Kocho gegeben. IS-Gangster bezeichnen Jesiden als Kaffar, als Ungläubige.“

Eine ezidische Frau berichtete gegenüber der Untersuchungskommission: „Ich wurde in einem Gebäude in Rakka drei Wochen lang gefangengehalten. Die ganze Zeit kamen IS-Kämpfer, um Frauen und Mädchen zu kaufen, ich wurde 15 mal verkauft.“ Weiter heißt es: Ezidische Frauen und Mädchen begannen, sich zu verstümmeln, um sich für Käufer unattraktiv zu machen, andere schnitten sich die Pulsadern auf oder erhängten sich.

Sexuelle Übergriffe waren an der Tagesordnung, heißt es in dem Dokument, Mädchen selbst im Alter von neun Jahren wurden vergewaltigt. Die Vergewaltigten drohten den Frauen mit Massengewalttaten, falls sie sich nicht fügen. Wer flieht, wurde brutal zusammengeschlagen. In einem Fall tötete ein IS Kämpfer mehrere Kinder einer Mutter, die zu flüchten versucht hatte.

Der erste Satz in der Zusammenfassung der Untersuchungskommission lautet: „ISIS hat das Verbrechen des Genozids an den Eziden begangen.“

Und deshalb sind wir heute hier. Wir Ezidinnen und Eziden, weil dieses Verbrechen in unseren Seelen brennt.

Andere sind hier, weil sie mit uns gemeinsam sagen: Wir müssen an Verbrechen wie diesen Genozid immer wieder erinnern, damit wir irgendwann dahin kommen, dass so etwas nie wieder Menschen angetan wird. [...]

Selbstverständlich gibt es auch politische Forderungen, die wir als Konsequenz aus diesem Genozid ziehen müssen. Ich denke, dazu werden andere Rednerinnen und Redner noch etwas sagen. Von meiner Seite hier nur soviel:

Bis heute leben 300.000 Ezidinnen und Eziden ohne jede Perspektive in Flüchtlingslagern. Das muss sich ändern. Mittelfristig müssen sie in ihre Heimatregion zurückkehren können.

Wir fordern die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen.

Und wir wollen, dass Deutschland – mehr als bisher schon – besonders Schutzbedürftige aufnimmt, allen voran ezidische Frauen und Kinder, die im Irak und in Syrien keine realistische Aussicht auf eine adäquate Behandlung und einen gemeinsamen Neubeginn haben.“





----- 06.06.2020 -----

Coronaleugner

Sebastian Weigler, führendes Mitglied der Jugendorganisation der NPD aus Braunschweig, sprach am 06. Juni in der Celler Innenstadt auf einer Kundgebung, Thema war Corona. Er gab sich als Fachmann in medizinischen und virologischen Fragen und wollte die Celler*innen darüber informieren, dass Corona nicht gefährlicher ist als eine Grippe und die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus nur dazu dienen, die Bevölkerung zu drangsalieren. Die Passant*innen reagierten mit Kopfschütteln, kaum eine*r blieb stehen, um sich den Stuss anzuhören.

----- 01.07.2020 -----

Elke Gryglewski

Die Politikwissenschaftlerin Elke Gryglewski soll zum Jahresbeginn 2021 neue Chefin der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten werden. Die promovierte Politikwissenschaftlerin Gryglewski ist seit 1995 für das "Haus der Wannsee-Konferenz" tätig.

----- 03.07.2020 -----

Protest gegen IS

Am OLG Celle begann der Prozess gegen eine mutmaßliche IS-Anhängerin. Der 30-jährigen Deutsch-Sylerin



wird IS-Mitgliedschaft sowie unerlaubter Besitz von Kriegswaffen vorgeworfen. Vor dem Gerichtsgebäude fand eine Kundgebung statt. Den Teilnehmenden ging es sowohl darum, alle IS-Anhänger*innen zur Verantwortung zu ziehen, als auch bisher bestehende Lücken in den Ermittlungen um die Unterstützung des sogenannten IS zu füllen. Daher wurde auch auf die nachgewiesenen Verbindungen des türkischen Staates zu den dschiha-distischen Gruppen hingewiesen, die sowohl politische als auch wirtschaftliche Unterstützung beinhalteten. Diese Tatsache hat bisher zu keinerlei Konsequenz gegenüber dem NATO-Partner Türkei geführt. Die Kundgebung stand auch in Solidarität mit den Betroffenen, Hinterbliebenen und denjenigen, die noch in den Fängen des IS versklavt gehalten werden. Der Genozid in Şengal wurde auch als klarer Feminizid benannt, in dem gezielt Ezidinnen versklavt und getötet wurden, um das Ezidentum auszulöschen. „Wir fordern Gerechtigkeit – ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden“, schloss eine Rednerin vom Dachverband des Êzidischen Frauenrates e.V. (SMJÊ).

----- 18.07.2020 -----

BUND gegen Feuerwehrstandort

Für den Neubau eines Gerätehauses für die Feuerwehr Westercelle sollen auf einem Teilstück der ehemaligen Hengstprüfungsanstalt des Landgestüts (jetzt: Reitverein) rund 100 Bäume, darunter alte Eichen, gefällt werden. Dagegen protestierte die Kreisgruppe des BUND mit einem guten Dutzend Teilnehmer*innen, denn sie hält den Standort für ungeeignet. „Wir wollen die Bäume erhalten und die Stadtratsmitglieder an die Einhaltung der 'Klima-in-Not-Ratsbeschlüsse' erinnern“, so Ute Reich von der Baumschutz-AG. Und weiter: „Wir sind der Meinung, dass die angestrebte Bebauungsplan-Änderung ggf. auch mit kleinerer Gebäudeform erfolgen könnte, die sich tatsächlich nur auf diese Westerceller Stadtteil-Feuerwehr beziehen sollte. Die Frage ist, ob Schulungsräume für die übrigen Celler Feuerwehr-Leute ausgerechnet am südlichen Ortsausgang der Stadt gebaut werden müssen. Die Frage ist es



auch, ob der Erhalt von wesentlich mehr Bäumen in diesem Bereich durch geschicktere Bauweise möglich wäre.“

Einen gewissen Unterhaltungswert hatte dann einige Tage später die Bildunterschrift zu einem Foto auf der Leserbriefseite der Celleschen: „*Protestieren für Erhalt des Baumbestandes in Westercelle: Alexander Wille, Kathrin Fündeling und Reinhold Wilhelm.*“ Die drei gezeigten Personen von CDU und SPD aber waren aus einem ganz anderen Grund vor Ort, in den Worten von Alexander Wille: „Die Celler CDU steht unverändert zur Westerceller Feuerwehr. Wir wollen bauen.“ Ja was denn sonst.

----- 22.07.2020 -----

Rechtsbeugung

Vielleicht ist es doch nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn an der Spitze von Kommunalverwaltungen ausgebildete Jurist*innen stehen. Die kämen jedenfalls eher nicht auf die Idee, gewählten Ratsmitgliedern „Rechtsbeugung“ vorzuwerfen, wenn sie hinsichtlich bestimmter Entscheidungen die Kommunalaufsicht anrufen. Das hatten Ute Rodenwaldt-Blank und Dr. Jörg Rodenwaldt hinsichtlich einiger Eilbeschlüsse getan, die ohne Beteiligung des Rates erfolgten. Die Kommunalaufsicht teilte ihre Bedenken nicht. Der OB kommentierte in einer PM mit der Überschrift „Versuch macht klug“: „*Recht beugen zu wollen, wo vermeintlich unliebsame Beschlüsse nicht in das eigene Weltbild passen, ist meiner Ansicht nach eine Auffassung, die demokratisch bedenklich ist. Lieber einmal weniger in der Presse auftauchen, dafür aber seriöse Politik zum Wohle der Stadt machen.*“ - Rodenwaldt-Blank und Rodenwaldt konterten: „*Wenn schon die Bitte um externe Beurteilungen für die Stadtverwaltung und*

den Oberbürgermeister Dr. Nigge wie eine Rechtsbeugung aussieht, dann sollten diese vielleicht ihr eigenes Rechts- und Demokratieverständnis hinterfragen. Denn selbstverständlich sollten sich gewählte Vertreter*Innen der Bürgerinnen und Bürger um juristische Einschätzungen innerhalb von demokratische Prozessen bemühen. Akteure, die solche Schritte als nicht gerechtfertigte Handlungen bezeichnen wollen, erinnern stark an Autokraten, Populisten und Pseudo-Demokratische Akteure wie Trump, Erdogan, Orban oder Bolsonaro.“ In der Tat haben auch wir zunehmend den Eindruck, dass der Chefsessel im Rathaus nicht gerade ideal besetzt ist.

----- 02.08.2020 -----

Spielabbrüche

Nachdem bei einem Testspiel des VfL Altenhagen gegen TuS Celle FC einen ihrer Spieler nach einem Foulspiel als „Bimbo“ bezeichnet wurde, verließ das Team von TuS Celle FC den Platz.

Am 15.8. kam es erneut zu einem Spielabbruch. Diesmal verließ das Team FG Wohlde den Platz, nachdem einer ihrer Spieler sich von einem Spieler des BSV Belsen anhören musste: „Der Schwatte schon wieder.“ - Das ist ein bisschen schwer zu verstehen, handelt es sich beim BSV Belsen doch selbst um ein Team mit liberianischen Spielern, das anschließend auch erklärte: „Rassismus hat beim BSV Belsen keinen Platz! Weder auf, noch neben dem Platz, noch an sonstigen Orten!“

----- 10.08.2020 -----

Gedenken an Peter Deutschmann

Am Montagabend fand die Gedenkveranstaltung für Peter Deutschmann statt. Er wurde 1999 von Escheder Neonazis in Eschede zu Tode geprügelt und ist eines von 208 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990. Peter Deutschmann war DJ im damaligen Club Freedom in Altenhagen. Und so waren drei seiner damaligen Kollegen bei der Gedenkveranstaltung und legten Vinylplatten auf - Musik, die er damals sehr mochte, was die Veranstaltung sehr stimmungsvoll machte.

Es sprachen auch junge Leute – von der neu gegründeten `solid Gruppe

Südheide und von den Jusos Celle. Sie waren damals noch gar nicht geboren oder noch sehr jung, dennoch war es ihnen wichtig, zu kommen und darzustellen, warum diese Gedenkstunde so wichtig für sie ist. Es sei richtig, gegen rechte Sprüche aufzubegehren, wie es Peter Deutschmann getan hatte, und sie machen sich Sorgen, dass die Ideologie von 1933 wieder in die Köpfe der Menschen gelange, das dürfe nicht passieren.

----- 16.08.2020 -----

[’solid] Südheide

In Celle hat sich im Büro der LINKEN die Linksjugend [’solid] Südheide gegründet. Im Zuge der Gründung wurden Antonia Denecke, Jacqueline Hauschild, Raphael Maas und Tristan Schmidt als Sprecherinnen gewählt, womit alle drei Kreisverbände dieser Basisgruppe (Celle, Heidekreis, Uelzen) vertreten sind. - Neben Kernthemen wie den Einsatz für eine offene Gesellschaft und Frieden wurden erste thematische Schwerpunkte gesetzt, wie z.B. der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Gewährleistung bezahlbaren Wohnraums. Treffen der Linksjugend finden regelmäßig jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr im Büro der LINKEN in der Neustadt 52 statt.

----- 19.08.2020 -----

Klima-Kneipen-Quiz

Gewinner des Klima-Kneipen-Quiz im Bunten Haus wurde das Team der Initiative LIST mit 20 Punkten vor den „Parents for Future“ (16) und „Gemeinsam Kämpfen“ (14). Weiter dabei waren Teams von VCD/Lastenrad, der BI Flotwedel und zwei Teams der JUSOS. Wer sich selbst der „Herausforderung“ stellen möchte, findet die Fragen auf der website: <https://www.climate-watch-celle.de/>

----- 20.08.2020 -----

Rassistischer Angriff

Ein 36-Jähriger aus Sri-Lanka wurde abends auf dem Wilhelm-Heinichen-Ring von vier Jugendlichen angegriffen und rassistisch beleidigt. Sie hatten ihn vom Fahrrad gerissen und auf ihn eingetreten. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung.



----- 22.08.2020 -----

Earth Overshoot Day

Mit einer Mahnwache machen Mitglieder der BI Flotwedel und der Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) auf den „Erdüberlastungstag“ aufmerksam. Wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie hat er sich erstmals seit Jahren nach hinten verschoben und liegt nun auf dem 22. August. Cornelia Döllermann-Nöltling, Sprecherin von LIST: „Wenn die Menschheit so weiterlebt wie bisher, sägt sie – symbolisch gesprochen – den Ast ab, auf dem sie sitzt.“ Zur Zeit nutze die Weltbevölkerung pro Jahr 1,6 mal die verfügbaren natürlichen Rohstoffe. Und weiter: „Wir müssen uns zum Beispiel klar machen: Wenn alle Menschen im Jahr 2050 so viel Ressourcen beanspruchen würden wie wir heute in Deutschland, bräuchten wir drei Erden.“



Maskenballermann



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Kneipenquizfrage: Wieviel Infizierte gab es bisher in Stadt und Landkreis Celle – und wie viele Corona-Tote?

Der lange Lulatsch: Puh. 500?

Oma Lilo: 231 und 15 Tote. - Und wie viele Verkehrstote gab es letztes Jahr?

Der lange Lulatsch: 20?

Oma Lilo: Nein. Es waren 14.

Die Dicke: Und – was willst du uns damit erzählen? Du weißt schon, dass du so dem Präventions-Paradox aufsitzt?

Klein Jonas: Bitte was?

Die Dicke: Wenn bestimmte Maßnahmen erfolgreich sind, sinkt die Bereitschaft, sich an die Regeln zu halten, die zum Erfolg geführt haben, weil sie ja nicht mehr notwendig erscheinen.

Oma Lilo: Ich meine es eher anders: Während der Bußgeld-Katalog für Raser*innen wieder entschärft ist, also: Ein einmonatiges Fahrverbot gibt's nicht mehr, wenn jemand innerorts 21 km/h zu schnell fährt, sondern wieder bei 31 km/h. Und wer beim Abbiegen Fußgänger*innen gefährdet, muss nur noch 70 Euro statt 140 Euro bezahlen. Aber wer in Niedersachsen künftig in Bussen und Bahnen ohne Mund-Nase-Schutz erwischt wird, soll 150 Euro zahlen.

Die Dicke: Dir geht's also um die Verhältnismäßigkeit.

Der lange Lulatsch: Genau. Differenzierung wäre mal schön. Anfangs waren alle sooooo stolz darauf, dass es sowas wie Wissenschaft gibt. Und jetzt stellen sie fest, dass erstens Wissenschaft parteilich ist, und zweitens unterschiedliche Ergebnisse hervorbringen kann.

Oma Lilo: Immerhin gibt es aber noch nachvollziehbare Methoden. Die Berliner Freiheitskämpfer*innen begnügten sich ja mit dem bloßen Augenschein, um auf sich auf 1,3 Millionen zu versechzigfachen.

Klein Jonas: Und wie geht's jetzt weiter?

Die Dicke: Wie gehabt: Abstand-Halten, Hände-Waschen und Mund-Nase-Bedeckung. Und keine Großveranstaltungen.

Oma Lilo: Und die CDU genießt dabei größtes Vertrauen.

Der lange Lulatsch: Mal sehen, was passiert, wenn die Krise sichtbar wird. Im Juli waren es 800 Arbeitslose mehr im Celler Arbeitsamtsbezirk als im Vorjahr.

Der Besserwisser: Aber die Leute nehmen es ja überwiegend als Naturkatastrophe. Dabei könnten sie lernen: Das ganze Leben hängt vom Geld ab, das Geld von der Chance, es zu verdienen, und diese Chance von Voraussetzungen, die eines auf jeden Fall nicht sind, nämlich im Griff derer, deren Existenz davon abhängt.

Die Dicke: Aber immerhin könnte eins als Erkenntnis bleiben. Darauf, dass dem Staat das Geld fehlt, wird niemand mehr kommen.

Der lange Lulatsch: Da irre dich mal nicht. Im nächsten Jahr heißt es: Gürtel enger schnallen, weil: Das können „wir“ uns nur einmal leisten.

Die Dicke: Was man und frau nicht glauben muss.

Der lange Lulatsch: Okay. Die IGM geht ja auch gerade Richtung Arbeitszeitverkürzung und das ganz große Gejault bleibt aus.

Oma Lilo: Ja, schön. Aber deine radikale Linke tut sich ja ganz ganz schwer mit der Corona-Krise.

Der lange Lulatsch: medico hatte schon im April mal einen Vorschlag für ein Manifest von David McCoy veröffentlicht, einem Professor für Globale Öffentliche Gesundheit an der Queen Mary University in London. Darin heißt es im letzten Absatz: „**Wir werden die Krise in eine Chance für alle verwandeln.** Wir konzentrieren uns auf den Silberstreif am Horizont, um die Gesellschaft in Zukunft für alle besser und sicherer zu machen. Wir werden die Rückkehr des Vogelgezwichers und des klaren Himmels in unser Leben zu schätzen wissen und uns für die dauerhafte Reduzierung von Verbrauch, Abfall, Umweltverschmutzung und Treibhausgasen einsetzen. Wir werden uns an die Notwendigkeit staatlicher Intervention erinnern und dafür sorgen, dass die Kosten von Covid-19 nicht zu einer noch größeren Ungleichheit von Reichtum und Macht führen, sondern eine Gelegenheit bieten, für eine Umverteilung des Reichtums zu sorgen.“

Der Besserwisser: Oh ja - und die Queerfeminismus AG der Berliner Ortsgruppe der IL ruft auf zur Solidarität mit den Sexarbeiter*innen.

Der lange Lulatsch: Okay, du hast ja Recht. Die Krise macht vor allem deutlich, dass es in Deutschland keinen organisatorischen Zusammenhang mehr gibt, aus dem heraus wirklich interessante Beiträge kommen könnten.

Die Dicke: Verblödung oder Konformismus?

Der lange Lulatsch: Verblödung würde ich sagen da, wo die Maskenpflicht ins Zentrum der Debatte rutscht. Konformismus? Das gibt's vielleicht bei der Partei. Aber bei der außerparlamentarischen Linken ist's Bequemlichkeit. Alle sind so angenehm in ihren kleinteiligen Projekten aufgehoben, dass sie tatsächlich den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen. Oder mit Benjamin gesprochen: „*Daß es »so weiter« geht, ist die Katastrophe.*“ Da wäre es doch jetzt wichtig, gemeinsame Diskussions- und Aktionsräume zu finden.

Oma Lilo: Das gab's in Westdeutschland seit 50 Jahren nicht mehr.

Die Dicke: Dabei könnte es doch so einfach sein. Im Ziel einer radikal basisdemokratischen sozial-ökologischen Transformation müssten sich doch eigentlich die allermeisten wiederfinden.

Oma Lilo: Was aber hierzulande für viele auch bedeuten würde, sich von ihrem bequemen Alltag zu verabschieden.

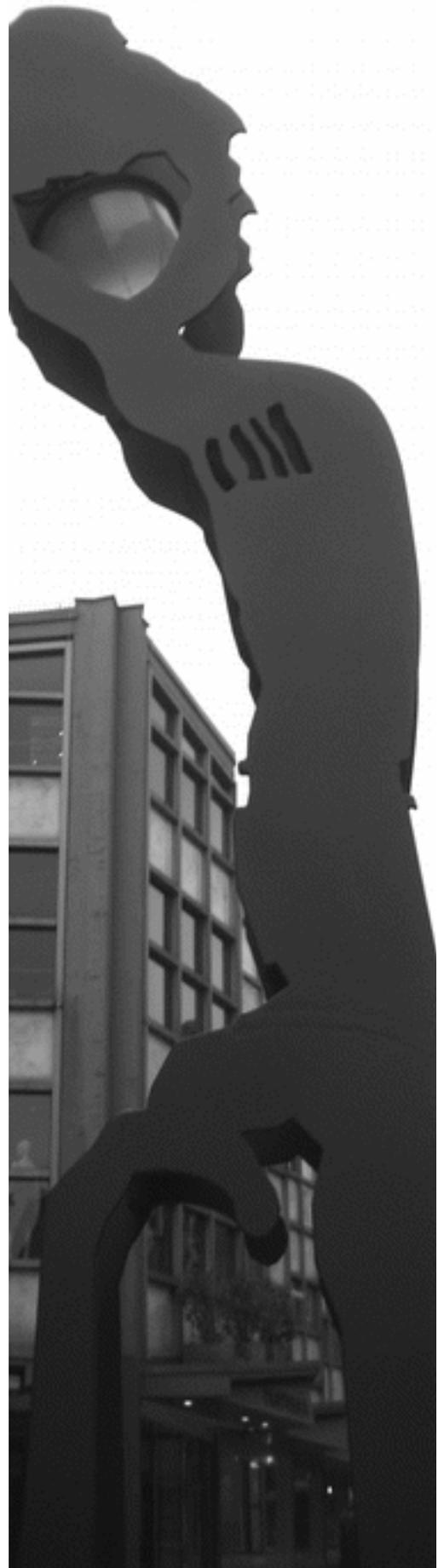
Klein Jonas: Voll auf Risiko? Das gibt's auch bei den Fridays nicht – da wird nichts aufs Spiel gesetzt, leider.

Der Besserwisser: Wie erst der Abi-Jahrgang 2020 gelitten hat: kein Abi-Ball, kein Umzug.

Oma Lilo: Und die Ballermann-Fans sind sich sicher: „*Es wird NIE mehr so, wie es einmal war.*“

Der Besserwisser: Die haben eben nicht unsere Fragen. Sie wissen ja auch, wie die Mutter von Nicki Lauda heißt ...

Der lange Lulatsch (eher lahm): Mama laudaaa, mama laudaaa.



K+S kassiert, den Schaden trägt die Allgemeinheit

Aus der Abraumhalde des ehemaligen K+S Bergwerks in Wathlingen werden durch Niederschläge laufend Salze ausgewaschen. Deshalb müsste sie aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes dringend saniert werden. Selbst nach dem derzeit gültigen, relativ laschen Bergbaurecht müsste diese Abraumhalde schon längst „zurückgebaut“ oder „gesichert“ werden. Technisch gesehen eigentlich keine schwierige Aufgabe: Alles zurück in die alten Schächte und Stollen oder eine 100%-ig dichte Abdeckung oder eine dichte Umschließung der Halde oder eine Umlagerung der gesamten Halde in ein absolut dichtes Endlager. Doch statt für eine echte Sanierung Geld auszugeben, will K+S lieber ein Geschäft daraus machen und die Halde erstmal für Jahrzehnte als gewinnträchtige Bauschutt-Deponie nutzen. Und so wird der Streit um die sog. „Haldenabdeckung“ bzw. „Sanierung“ der Abraumhalde zum Lehrstück in Sachen allzu freie Marktwirtschaft: Als die Geschäfte noch hervorragend liefen, kassierten K+S und seine Aktionäre Jahrzehnte lang ab. Jetzt, wo es um den „Rückbau“ geht und K+S hoch verschuldet ist, soll die Allgemeinheit die Kosten tragen und sei es „nur“ in Form von Umweltschäden und Gesundheitsbeeinträchtigung der Anwohner.

Altes Nazi-Bergrecht bricht modernes Umweltrecht

Die Genehmigungen für diese Form des „Rückbaus“ lässt sich K+S nach dem Bundesberggesetz (BergG) vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen (LBEG) erteilen. Das LBEG muss, wenn es (nach seinen „exterritorialen“ Kriterien) die Erlaubnis erteilen will, zwar noch das Einvernehmen mit den lokalen Behörden (hier Landkreis und Gemeinde) herstellen. Doch wie wir noch sehen werden, ist das eine eher formale Angelegenheit. Denn im Gegensatz zu anderen Industrien, die mit TA Luft, Abwasserverordnung und Umweltverträglichkeitsprüfungen inzwischen stark überwacht und reglementiert sind, haben Bergbaubetriebe aufgrund des davon entkoppelten Bergrechts weitgehend freie Hand.

Was vom deutschen Bergrecht zu halten ist, liest man am Besten bei einer anderen staatlichen Behörde, dem Umweltbundesamt (UBA) nach: „Das BergG dient vor allem dazu, die sichere Versorgung des Marktes mit Rohstoffen über ein effizientes Konzessions- und Genehmigungsverfahren zu fördern. Dies wird besonders deutlich durch die sogenannte Rohstoffsicherungsklausel. *Hier-nach sind öffentlich-rechtliche Vorschriften, die der Auf-suchung und der Gewinnung von Rohstoffen entgegen- stehen, nur soweit anzuwenden, dass der Bergbau in möglichst geringem Maße beeinträchtigt wird.* ... Aus Umweltschutzsicht erweist sich das BergG über die

Jahrzehnte seines Bestehens als erstaunlich undurchlässig für die Integration von umwelt- und naturschutzrechtlichen Anforderungen.“ Deshalb sind Umweltverträglichkeitsprüfung und Ausgleichsmaßnahmen im aktuell geltenden Bergrecht nicht vorgesehen.

Diese Privilegierung ist kein Wunder, schließlich geht das derzeit gültige Bergbaurecht noch auf das alte Bergrecht Preußens von 1864 zurück, das im Dritten Reich im Rahmen der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung zwischen 1934 und 1942 zu einem gemeinsamen Bergrecht zusammengefasst und „verschärft“ wurde. Im Sinne der Kriegswichtigkeit wurden dem Bergbau darin eine Fülle von Privilegien erteilt, die in der Bundesrepublik leider fast unverändert übernommen wurden.

Der aktuelle Zustand der Halde: äußerst sanierungsbedürftig

Die Produktion im Kalisalz-Bergwerk „Niedersachsen“ bei Wathlingen wurde von K+S 1996/1998 eingestellt. Bis dahin war auf einer Fläche von 25 ha eine Abraumhalde von 85 m Höhe entstanden. Dieser „Kali-Berg“ besteht bis zu ca. 95% aus Natriumchlorid. Niederschläge sorgen dafür, dass jährlich 70.000 m³ Salzwasser aussickern. Ein Teil landet wohl in den alten Bergwerkschächten, die gerade ohnehin geflutet werden. Ein Teil versickert ins Grundwasser oder fließt in die Oberflächengewässer wie Thöse und Fuhse. Inzwischen ist anzunehmen, dass die Halde durch ihr hohes Gewicht so tief in den Boden eingesunken ist, dass die untersten Salzsichten auf Höhe des Pegels des Grundwassers liegen und dieses versalzen können. Eigentlich war K+S verpflichtet, bis 2008 einen Sanierungsplan (Rückbaupflicht laut Berggesetz) vorzulegen. Doch erst nach einer „Mahnung“ 2011 kündigte K+S 2014 ein Sanierungskonzept an. Doch schon damals hieß das Ziel von K+S nicht Beendigung der Salzauswaschungen, sondern (Originalton K+S) lediglich „*Minimierung (!) des Anfalls salzhaltiger Haldenwässer.*“ Auf der WebSite von K+S wird behauptet, dass diese Art von unvollständiger Haldensanierung ein selbstverständlicher Standard sei. Eine Halde gilt laut K+S als saniert, wenn die Haldenabwässer auf 20% der Salzfracht abgesenkt sind.

Das „Abdeckungskonzept“ in Kürze

Wir beziehen uns nachfolgend auf die aktuellste Darstellung, wie sie K+S im Juni 2020 im Kreistag unter der Überschrift „Nachhaltige Lösung zur Minimierung des Anfalls salzhaltiger Halden-Wässer“ präsentierte:

Abdeckung der Halde durch Verwertung von Bodenaushub und von Bauschutt (mineralische Abfälle) als Beitrag zur Entsorgungssicherheit, Begründung der Abdeckung und eine mögliche Nachnutzung als Erho-



lungsraum. Abdeckung und Begrünung sollen laut K+S analog dem Konzept von Sehnde (die „Abdeckung“ der dortigen Kalihalde ist demnächst abgeschlossen) erfolgen. Dazu soll die Halde abgeflacht werden (Vergrößerung von 25 ha auf 43 ha) und mit ca. 14 Mio. t (ca. 600.000 t im Jahr) Abdeckmaterial überdeckt werden. **Dazu würden ca. 25 Jahre lang werktätlich von 7h bis 17h ca. 100 Lkw (= 200 Voll-Leer-Fahrten) die Halde über Hänigsen, Wathlingen und Nienhagen anfahren.**

Insgeheim hat K+S aber Betriebszeiten von 6h bis 22h beantragt. Laut K+S wurden zur Abdeckung bzw. Deponierung „beispielhaft“ folgende mineralischen Abfälle beantragt: Bodenaushub, Bauschutt, Ziegeln, Fliesen, Keramik, Gleisschotter, Straßenaufbruch, Bitumengemische, Mineralien (Sand, Steine). Die Begrünung soll laut K+S die Verdunstung des Niederschlagwassers befördern, so dass weniger salzige Haldenwässer entstehen. Da das Konzept der K+S (wie man ihren eigenen Grafiken und Präsentationen entnehmen kann) **keine wirklich wasserdichte Sanierung** vorsieht, fällt auch nach Abschluss der „Abdeckung“ in ca. 25 Jahren **weiterhin salzhaltiges – und dank Deponie auch andere Schadstoffe enthaltendes – Haldenwasser an**. Laut K+S „nur“ noch 50.000 – 60.000 m³/a Haldenwasseranfall mit „sehr geringer“ Mineralisation. Dieses dann immer noch abfließende Haldenwasser soll dann laut Plan der K+S **ganz offiziell zu 100% in die Fuhse eingeleitet** werden. Im Übrigen wurde dieses Konzept von K+S erst Ende 2017 beim LBEG zur Genehmigung eingereicht (s.u.).

Allein, dass K+S keine wirklich wasserdichte Umschließung der Kalihalde vorsieht, sondern nur eine „Mi-

nimierung“ der salzhaltigen Haldenwässer ist technologisch gesehen ein Skandal. Für Autobahnbegrenzungen in Wasserschutzgebieten werden längst Kombinationen aus speziellen Dichtungsfolien und Tonmaterialien eingesetzt, um eine 100 % Langzeit wasserdichte Umschließung zu erreichen. Offenbar rein aus Kostengründen will K+S eine längst veraltete, löcherige Abdeckung einsetzen, und „verkauft“ das als einzige Möglichkeit.

Mülldeponie statt Sanierung – was K+S und Landesregierung wirklich wollen

Was auf den ersten Blick noch einigermaßen harmlos klingen mag, ist in Wirklichkeit das Anlegen einer Problemmüll-Deponie. Denn heute ist auch im Bausektor längst Nachhaltigkeit und Wiederverwendung angesagt. So wird z.B. „Bodenaushub“ heute nicht mehr deponiert, sondern an anderer Stelle z.B. zur Bodennivellierung verwendet. Auf eine Deponie kommt Bodenaushub nur noch, wenn er mit Schadstoffen belastet ist. Auch Gleisschotter gilt prinzipiell als Schadstoff belastet (zu über 70% enthält er krebserregende Aromaten und giftige Schwermetalle), und fällt deshalb i.d.R. in die Deponieklasse Z2 (siehe unten). Auch Bauschutt wie Beton und Ziegel können heute zu 100% recycelt werden. Recycling geht aber nicht mehr, wenn der Beton z.B. aus dem Abbau einer „untergrenzwertig“ Schadstoff belasteten Chemieanlage stammt, oder wenn er gerade unterhalb der Strahlungsgrenzwerte aus abgerissenen AKWs stammt. Auch Straßenaufbruch und bitumenhaltige Baustoffe gehören wegen ihres Schadstoffgehalts (ebenfalls krebserregende Stoffe) in die Deponieklasse Z2. Da bietet sich die preisgünstige Deponierung getarnt als „Ab-



deckung“ einer Kalihalde geradezu an. Oder wie K+S so schön selbst formuliert: „*Es handelt sich nicht um eine Deponie. Hier werden Abfälle verwertet.*“ Das ist der übliche Trick, wenn die deutsche Industrie Müll preisgünstig entsorgen will. So darf z.B. Plastikmüll zwar nicht als „Müll“ aber als „Wertstoff“ ganz legal exportiert werden, denn er wird ja dann „verwertet“. Und so wird auch schadstoffhaltiger Baumüll bis zu Klasse Z2 zu harmlosem Baumaterial, wenn er als Haldenabdeckung „verwertet“ wird. Dies ist ein von der Landesregierung abgesegnetes und bereits in Sehnde „bewährtes“ Konzept, wo die Abdeckung der Halde als Z2 Deponie erfolgte. Das soll jetzt offenbar auf Wathlingen übertragen werden.

Wie die eindeutigen Vorschriften zur „*Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial*“ belegen, darf Z2-Material nur baulich verwertet werden, wenn es 100% wasserdicht umschlossen ist, so dass auch langfristig keine Ausschwemmung möglich ist. Das sieht das Abdeckungskonzept der K+S allerdings nicht vor. Und es sieht so aus, dass dies im Zusammenspiel von LBEG – unter Anwendung der Umwelt ignoranten Bergrecht-Privilegien – und der Landesregierung per „*Ordre di Mufti*“ auch durchgeboxt werden wird.

Zustimmung und (verspätete) Ablehnung – eine Chronologie

1996/98 werden die bei Wathlingen gelegenen Kalisalzbergwerke Niedersachsen und das damit verbundene Werk Riedel (das noch Reste und Munitionslager einer Heeresmunitionsanstalt aus der Zeit des NS enthält) endgültig stillgelegt. Damit war nach Bergrecht auch klar, dass der Betreiber K+S in den folgenden Jahren ein Konzept und einen Plan zum Rückbau bzw. Sanierung der Bergwerke und der riesigen Abraumphalde vorlegen muss.

05.2011 wird der Ausschuss für Umwelt und ländlichen Raum des Kreistags Celle vom Amt für Umwelt und ländlichen Raum des Landkreises informiert, dass K+S bis spätestens bis zum 30.09.2008 ein Konzept zur sinnvollen Nachnutzung bzw. Rekultivierung der Haldengelände beim LBEG einzureichen hatte. Dieses Konzept habe die Verwaltung am 25.11.2009 vom LBEG erhalten, ein Abschlussbetriebsplan für die Halde läge nicht vor. **Die Zuständigkeit für Genehmigungen läge jedoch vollumfänglich (!) beim LBEG.** Nur „im Rahmen des wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens sei das Einvernehmen des Landkreises Celle herzustellen.“ (Was es mit diesem Einvernehmen auf sich hat, siehe unten!)

02.2014 Im Umweltausschuss des Kreistags erklärt der Leiter inaktive Werke bei K+S, dass seine Firma „*intensivste Prüfungen einer Haldenabdeckung*“ vornehme. Torsten Harms der Bürgermeister von Wathlingen spricht von „*einem guten Tag für Wathlingen*“. Allerdings machen schon damals Kreistagsmitglieder der GRÜNEN darauf aufmerksam, dass K+S bzgl. der Haldenabwässer keinen transparenten Vorschlag gemacht hat. Bürgerinitiativen beginnen sich gegen das Vorhaben von K+S zu formieren.

06.2016 Der Kreistag beschließt hier verkürzt wiedergegeben: „*Der Landkreis Celle und die Gemeinde Wathlingen lehnen die Einleitung von Assezutrittswässern in das Bergwerk „Niedersachsen-Riedel ab.*“ Inzwischen war nämlich bekannt geworden, dass K+S Halden- und Grubenwässer aus seinen anderen Bergwerken in die Wathlinger Schächte verfüllen will.

„*K+S wird aufgefordert, möglichst (!) kein belastetes Material der Klasse Z2 für die Abdeckung der Kalirückstandshalde zu nutzen.*“ Damit hat der Kreistag der Haldenabdeckung in Form einer Deponie defacto zugestimmt.

„*K+S wird aufgefordert, die Versalzung des Grundwassers durch Neubildung von salzhaltigen Wässern in der Kalirückstandshalde zu vermeiden (!).*“ - Doch vermeiden ist etwas anderes als auszuschließen!

„*K+S wird aufgefordert, die Belastung der Anwohner mit Lärm und Staub durch die Abdecktätigkeit selbst, den Anlieferverkehr, sowie den Betrieb einer Aufbereitungsanlage so gering wie möglich (!) zu halten.*“ - Übrigens, was möglich ist und was gering ist, bestimmen K+S und das LBEG.

04.2017 K+S erklärt: „*Deckschicht nur mit Stoffen, die nahezu (!) unbelastet sind.*“ - Womit klar ist, dass belastete Materialien verwendet werden.

04.2017 Wathlingens Bürgermeister Torsten Harms sagt in der Presse: „*Ich glaube (!) nicht, dass das Bergamt ein Verfahren zulässt, das die Natur und Menschen schädigt.*“ - Doch glauben gehört in die Kirche und nicht ins Rathaus.

11.2017 reicht K+S sein Konzept als Antrag auf Genehmigung beim LBEG ein.

11.2018 K+S erklärt (hier verkürzt): „*Einleitung (der Haldenwässer nach der Haldenabdeckung) in die Fuhse sei nur dann nicht erlaubt, wenn es dadurch eine Verschlechterung gebe. Da die Salzmengen aber unter den aktuellen Werten liegen werden, sei es automatisch legal.*“

03.2019 Der Kreistag beschließt: „*Kreistag will letztes Wort in wasserrechtlichen Fragen haben*“. Doch die Verwaltung des Landkreises ist nur die Untere Wasserbehörde und diese ist an Weisungen der Oberen Wasserbehörde (Landesregierung) gebunden. Da kann der Kreistag beschließen, was er will. So wurde z.B. von K+S ein Regenrückhaltebecken mit Zustimmung des LBEG gebaut, ohne das Einvernehmen mit dem Landkreis abzuwarten. Da laut Unterer Wasserbehörde „*die fachlichen Voraussetzungen für eine Genehmigung vorlagen*“, hätte der Kreistag ohnehin zustimmen müssen.

05.2019 Ein dreitägiger „*Erörterungstermin*“ in der Congress Union Celle zwischen LBEG, Behörden, Kommunen, Naturschutzverbänden, Bürgerinitiativen und K+S brachte keine Änderung am Vorhaben. Interessant ist die Erklärung von K+S, dass es keine wirtschaftlichen Alternativen zu ihrem Konzept gäbe. Das mag wahr sein. Doch ein Rückbau oder eine Sanierung ist nie wirt-

schaftlich, sondern sie kosten immer viel Geld. Dafür hätte K+S eben zu Zeiten guter Geschäfte mit seinem Bergwerk Wathlingen ausreichend Rücklagen bilden müssen, statt üppige Gewinn-Ausschüttungen an seine Aktionäre zu machen.

06.2019 Das LBEG genehmigt den vorzeitigen Beginn des Baus einer Bauschutt-Recycling Anlage mit Sofortvollzug. Gleichzeitig gibt die LBEG eine Prognose ab, dass die Haldenabdeckung - wie von K+S beantragt - genehmigt wird. Die fehlende wasserrechtliche Zustimmung des Landkreises spiele dabei keine Rolle.

08.2019 Die Wathlinger CDU will „keinen Einfluss auf das Genehmigungsverfahren nehmen, sondern einem Dialog unter den Bürgern anstoßen“ und stellt fest: „Mit kühlem Kopf (gesehen) ist das Projekt nicht mehr aufzuhalten.“

01.2020 Die GRÜNEN stellen im Kreistag einen Antrag auf Prüfung von Umweltverträglichkeit, Artenschutz etc. Nach dem Motto, wenn gar nichts mehr hilft, muss die Fledermaus her. (Was hier nicht als Kritik an den GRÜNEN gemeint ist! Sondern es illustriert den Wahnsinn, dass viel gewichtigere Argumente als die Fledermaus anscheinend nicht zählen).

02.2020 Die GRÜNEN stellen im Landtag den Antrag, Haldenabdeckungen mit Bauschutt prinzipiell zu verbieten, da sie eine Salzaussickerung nicht verhindern. Der Antrag wird vom Landtag abgelehnt.

05.2020 K+S leugnete jahrelang, dass es plane, Haldenwasser aus anderen Salzbergwerken per LKW nach Wathlingen zu fahren und damit die Schächte aufzufüllen. K+S erklärt, das LBEG erlaube nun ab 2021 pro Jahr 160.000 t dieser Wässer per LKW anzuliefern.

06.2020 erklärte das LBEG, dass es diese Genehmigung (noch?) nicht gebe.

06.2020 Die schon seit Jahren gegen das K+S Projekt aktive Bürgerinitiative Wathlingen präsentiert im Umweltausschuss des Kreistags ein geologisches Gutachten. Es zeigt, dass die Kalihalde aufgrund ihres Eigengewichts mit großer Sicherheit bereits auf Grundwasserhöhe eingesunken ist, so dass je nach Grundwasserstand die Salze der Halde das Grundwasser bereits direkt verunreinigen können. D.h. für eine echte Sanierung müsste die Halde evtl. völlig abgetragen und umgelagert werden, entweder auf eine nach unten völlig dichte Platte oder zurück in die alten Bergwerksschächte und Stollen. Wozu die Experten von K+S und LBEG (wahrscheinlich sachlich richtig) erklären, dass das noch verfügbare Volumen der alten Schächte und Stollen dafür nicht ausreichen würde. Was u.a. daran liegt, dass K+S mit der Flutung des Bergwerks begonnen hatte, bevor die Sanierung der Halde geklärt war.

06.2020 Das LBEG macht in einer Präsentation vor dem Umweltausschuss des Kreistags klar: Nicht der Landkreis und seine Fachbehörden seien für die Genehmigung zuständig, sondern das LBEG im "Einvernehmen" mit dem LK. **Für die Genehmigung des Gesamt-**



konzept sei laut Bergrecht nur eine Plausibilitätsprüfung nötig. D.h. für die Haldenabdeckung und Einleitung der Sickerwässer aus der abgedeckten Halde sei keine (!) Erlaubnis erforderlich. Nur für den Rest (was immer das noch ist) sei ein Planfeststellungsverfahren, eine Umweltverträglichkeitsprüfung und Beteiligung der Öffentlichkeit nötig.

06.2020 Der Kreistag verweigert das wasserrechtliche Einvernehmen bzgl. des (längst erledigten) Baus des Wasserrückhaltebeckens. Landrat Wiswe macht darauf aufmerksam, dass dieser Beschluss des Kreistags rechtswidrig sei, da die Landkreis-Verwaltung als Untere Wasserbehörde die fachlichen Voraussetzungen für die Genehmigung als gegeben sehe. Im Übrigen könne das Landesministerium das fehlende Einvernehmen durch einen eigenen Beschluss ersetzen. Zum Beispiel habe in Hildesheim 2018 der Kreistag das Einvernehmen für die Wiederinbetriebnahme des Kaliwerks verweigert, worauf der dortige Landrat auf Ministererlass das Einvernehmen erteilen musste.

07.2020 Seit Juni werden täglich bis zu 300 Tonnen (20 Lastwagen pro Tag) handelsüblicher Ton aus Hildesheim nach Wathlingen gebracht. Das heißt, K+S beginnt mit den Arbeiten zur Haldenabdeckung, bevor überhaupt das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen und die Genehmigung vom LBEG erteilt ist. Bürgermeister Harms fällt vom Glauben ab und erklärt: „Die von K+S machen hier, was sie wollen. Da werde ich krawallig.“

Gemeinde will Grundstücke verweigern

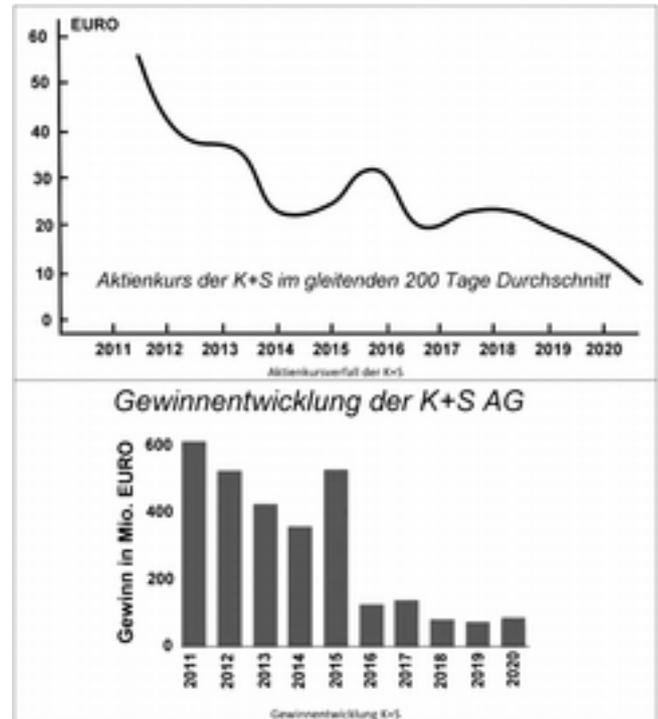
Die Gemeinde Wathlingen meint, noch einen Trumpf in der Hand zu halten: K+S braucht für seine „Haldenabdeckung“ Grundstücke der Gemeinde, die diese verweigert. Eine Enteignung sei zwar möglich, aber schwierig, da laut Bundesgerichtshof diese nicht im privatwirtschaftlichen, sondern im öffentlichen Interesse liegen muss. Aber wie das LBEG immer wieder so schön formuliert, **„die Abdeckung ist im öffentlichen und (!) privatwirtschaftlichen Interesse.“** Richtig daran ist: Dass jährlich 70.000 Mio. t Haldenwasser abfließen, ist ein Zustand, dessen Abstellung tatsächlich im öffentlichen Interesse ist. Die Lüge ist, dass es öffentliches Interesse ist, dass dies mit einer „löcherigen“ Abdeckung in Kombination mit einer Bauschuttdeponie erfolgen muss.

K+S hat gar kein Geld für ordentliche Sanierung seiner Halden!

Seit vielen Jahrzehnten bauen K+S und seine Vorgängerfirmen Salzlagerstätten ab, um daraus Kalisalze und daneben auch Magnesiumsalze vor allem für die Düngemittelproduktion zu gewinnen. Daneben spielen auch noch andere Salze für die Industrie oder z.B. als Streusalz eine gewisse Rolle. Die K+S entstand in heutiger Form als Aktiengesellschaft 1972. Da es für Kalisalze weltweit nur eine begrenzte Anzahl von Förderstätten gibt und Kali als Dünger für die Landwirtschaft weltweit unverzichtbar ist, war das über Jahrzehnte ein ziemlich lukratives Geschäft. So konnte K+S trotz temporärer Flaute und Einbrüche das Geschäft immer weiter expandieren. Für diese Expansion war auch die Übernahme der Kaliwerke der ehemaligen DDR in den 1990er Jahren sehr wichtig. Als K+S bis 2009 mehrere Konkurrenzunternehmen in Belgien, Schweden, Niederlande, Frankreich, Chile und USA übernommen hatte, wurde der Konzern zum größten Salzproduzenten der Welt.

Doch mit dieser Expansion hatte sich K+S übernommen. Zumal es sich zeigte, dass andere große Produzenten vor allem in Kanada, Weißrussland und Russland das Kali billiger produzieren als K+S in Deutschland und Westeuropa. Um dem auszuweichen, gewinnt K+S inzwischen einen großen Teil seiner Produktion z.B. in Chile, Peru, China aber vor allem in Kanada, wo K+S zu seinen bereits bestehenden acht Werken mit dem Werk Bethune eines der größten Kalibergwerke der Welt neugebaut und 2017 in Betrieb genommen hat.

Doch durch diese vielen internationalen Investitionen und Zukäufe sind die Schulden von K+S so angestiegen, dass es 2015 zum Versuch des kanadischen Konkurrenten Potash Cooperation kam, K+S zu übernehmen, der aber scheiterte. 2018 hat sich dann Potash Cooperation mit Agrium zum weltgrößten und sehr profitablen Düngemittel- und Kaliproduzenten Nutrien zusammengeschlossen und auf diese Weise K+S überrundet. Blickt man in die Bilanz 2019, so erzielte K+S bei einem Umsatz von 4,07 Mrd. Euro einen Jahresüberschuss („Gewinn“) von 89 Mio. bei Schulden von 3,12 Mrd. Euro.



Die Rückstellungen für „bergbauliche Verpflichtungen“ betragen 911 Mio. Euro. Das erscheint als große Zahl, ist aber sehr wenig, da diese 911 Mio. für Rückbau und Sanierung von 17 deutschen Bergwerken der K+S reichen müssen. In 2019 gab K+S allein für die laufenden Verpflichtungen unter dem Titel „Umweltschutz“ 308 Mio. aus. Darunter sind lächerliche 4,8 Mio. Euro für „Bodensanierung“.

Das heißt: K+S hat in Wirklichkeit gar kein Geld für eine Sanierung des Kalibergs in Wathlingen. Rein betriebswirtschaftlich gesehen, muss K+S deshalb auch mit seinen Haldensanierungen dringend Geld verdienen. 2020 verkauft nun K+S notgedrungen sein profitables nordamerikanisches Salzgeschäft (ohne Kanada) für 2 Mrd. Euro. Das mindert zwar die Schuldenlast, doch ein wesentlicher Gewinnbringer des Konzerns fällt weg. Um so wichtiger wird der Geschäftsbereich „Entsorgung“, der sich bei K+S seit 1992 zu dem wohl gewinnbringendsten Bereich entwickelt hat. Und was sich Untertage bereits mit der Einlagerung von Giftmüll aller Art in aufgegebenen Bergwerksstollen bewährt hat, und was mit „minderbelastetem“ Bauschutt in Sehnde Übertage erfolgreich war, wird auch in Wathlingen Gewinn bringen.

Und die Landesregierung wird nichts dagegen unternehmen. Denn erstens braucht sie Mülldeponien, die bei einer Neuanlage anderswo umweltrechtlich sehr schwer durchzusetzen wären, weshalb ihr die bergrechtlich privilegierten Alt-Bergwerke gerade recht kommen. Und zweitens will die Landesregierung eine völlige Abwanderung von K+S ins Ausland verhindern. Abgesehen von Steuerverlusten müssten dann nämlich die alten Bergwerke mit Steuergeldern saniert werden (wie es ja gerade bei Rückbau der AKWs und Endlagerung des Atommülls praktiziert wird). Wie gesagt, alles ein Lehrstück in allzu freier Marktwirtschaft ...

Mehr Infos: <https://biuw.jimdofree.com/>

Eschede am 20. Juni 2020 – eine Einschätzung der „Kampagne Landfriedensbruch“

NPD-Aufmarsch erneut erfolgreich blockiert!

Nach zwei gescheiterten Versuchen, im Dezember 2019 und vergangenes Wochenende, marschierte die NPD am 20. Juni mit gerade einmal neun Teilnehmern durch Eschede. Unter ihnen wieder der mehrfach vorbestrafte Pierre Bauer sowie der Vorsitzender der ‚Jungen Nationalen‘, Sebastian Weigler, beide aus Braunschweig. Einen Erfolg kann man diesen Aufmarsch allerdings nicht nennen: Der Gegenprotest schaffte es erneut, die Route der Nazis zu blockieren und damit ein deutliches Zeichen gegen das Erstarken der NPD im Dorf zu setzen. *„Es ist schön zu sehen, dass die Bemühungen der NPD kaum Früchte tragen und es eine starke Stimme der Bürger*innen gibt, die sich gemeinsam mit Antifaschist*innen und uns gegen die NPD und die Nazis vom Hof Nahtz stellen“*, sagt Anita Förster, Pressesprecherin der Kampagne ‚Landfriedensbruch‘. [...]

Schon am Morgen hatten sich engagierte Eschedeer*innen versammelt und empfingen mit dem ‚Bündnis gegen Rechts‘ am Bahnhof Gegendemonstrant*innen aus dem Dorf und von außerhalb mit Kaffee und Kuchen. Außerdem fand am Finkenbergl eine bunte Demonstration zum Hof Nahtz statt, organisiert vom ‚Netzwerk gegen Rechtsextremismus Südheide‘.

Schon kurz nach 10 Uhr gelang es den ersten Gegendemonstrant*innen, die an einem zweiten Treffpunkt in der Ortsmitte angekommen waren, auf einen Teil der angemeldeten Naziroute zu kommen.

Bei weiteren Versuchen die Strecke des Naziaufzugs an anderen Stellen zu blockieren, kam es seitens der Polizei zum Einsatz von Gewalt und Pfefferspray. Dennoch schafften es gegen Mittag immer mehr Demonstrant*innen auf die Route und blockierten diese mit bis zu 300 Menschen an der Ecke Bahnhofstraße, Cellerstraße/Uelzener Straße.

Auch hier versuchte die Polizei den Protest zurückzudrängen und den Nazis die Straße frei zu räumen. Unterdessen fotografierte Michael Müller, ein angereicherter Neonazi, die Gegendemonstrant*innen mit einem Teleobjektiv ab. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Nazis versuchen den Gegenprotest einzuschüchtern und zu bedrohen. [...]

Pierre Bauer, der zunächst als Ordner erhalten sollte, musste seine Ordnerbinde wieder abgeben, da er als mehrfach vorbestrafter Neonazi für diese Aufgabe alles andere als geeignet ist. Er bemühte sich dann stattdessen, Anwohner*innen zu bedrohen und zu belästigen.

Unterdessen forderte der verwirrt wirkende Sebastian Weigler von der Polizei, die Blockade durch den Gebrauch von Schusswaffen aufzulösen. Zudem zählte er Personen, die sich im Ort gegen die Nazis stark machen, namentlich auf und drohte ihnen. Eine perfide Taktik,

um Anwohner*innen einzuschüchtern. [...]

Die Polizei wirkte zeitweise überfordert und trat sowohl den angereichten Antifaschist*innen als auch den Anwohner*innen gegenüber extrem aggressiv auf. Pressevertreter*innen wurden angegangen und geschubst, es kam zu Rangeleien und erneut zum Einsatz von Pfefferspray.



Foto: Recherche Nord

Nazis mit vorbildlichem Mund-Nase-Schutz

Den Nazis blieb nichts anderes übrig als zwei ihrer angemeldeten Kundgebungen weiter in der Ortsmitte umzuplanen, da sie dorthin nicht durchkommen konnten und stattdessen eine Abschlusskundgebung auf dem Parkplatz der Volksbank abzuhalten, auch diese wurde von lautstarkem Protest übertönt. Am Ende musste die NPD ihre Veranstaltung also frühzeitig abbrechen und unter Spott und Hohn mit Begleitschutz durch die Polizei die Rückreise zum Hof Nahtz antreten.

„Wir sind sehr zufrieden mit diesem Ergebnis, wir haben die Nazis erneut daran gehindert ihre Ideologie wie geplant in den Ort zu tragen. Eschede hat keinen Bock auf diese braune Propaganda“, sagt Anita Förster. *„Es ist uns klar, dass vermummte Menschen auf die Einwohner*innen erstmal bedrohlich wirken, aber wir haben heute gezeigt, dass es uns nicht um sinnlosen Krawall geht, sondern darum mit den Eschedeer*innen gemeinsam und friedlich die Pläne der Nazis zu durchkreuzen!“*

Deutlich wird die Dreistigkeit der NPD nun in den Abendstunden dann doch noch in Eschede. So hatte die NPD laut Informationen des Landkreises die Sonnenwendfeier auf dem Hof Nahtz abgesagt, also gab es vom Landkreis auch unter den derzeitigen Corona-Pandemie-Bestimmungen kein Verbot für die Feier. Trotz der eigenen Absage, mit der sie einem Verbot durch den Landkreis zuvor gekommen sind, versammeln sich in den frühen Abendstunden rund 20 Nazis auf dem Hof, um dort traditionell am Feuer die Sommersonnenwende zu feiern.

Kampagne Landfriedensbruch zur öffentlichen Debatte

Da am 20. Juni überwiegend junge Leute sich zur Aufgabe gesetzt hatten, den Nazi-Aufmarsch zu blockieren, kam's im Anschluss zu der fast unvermeidlichen „Gewalt-Debatte“. Dazu hat die „Kampagne Landfriedensbruch“ einen erhellenden längeren Text geschrieben, aus dem wir hier nur einen Auszug bringen:

Die Lokalzeitung „Cellesche Zeitung“ hatte für die Veranstaltung einen Live-Ticker geschaltet, der sich, wenn man an dem Tag vor Ort war, etwas kurios liest. So wird ein Bild gezeichnet, das den Eindruck erweckt, die Polizei hätte den Tag total souverän über die Bühne gebracht und zu jeder Zeit die volle Kontrolle über das Geschehen gehabt. Tatsächlich war über den gesamten Tag immer wieder zu beobachten, dass die Polizei extrem nervös und überfordert war. Was letztlich auch ein Grund dafür gewesen sein kann, dass sie in ihrer Kopflosigkeit bei den kleinsten Unruhen der Demonstrant*innen sofort Gewalt und Pfefferspray angewandt hat. Hierbei muss man sich vor Augen halten, dass die Bereitschaftspolizei am ganzen Körper gepanzert und behelmt ist und mehr oder weniger gut ausgebildet in körperlichen Auseinandersetzungen ist; fast alle Polizist*innen waren auch den ganzen Tag über mit Sturmhauben vermummt. Die Gegendemonstrant*innen waren zum Großteil Jugendliche und stellten zu keinem Zeitpunkt eine akute Gefahr für irgendwen dar.

Vor dem Hintergrund der offensichtlichen Überforderung der Beamt*innen war es umso verwunderlicher, dass der Aufmarsch der 9 (!) Neonazis soweit ausgereizt werden konnte. Bereits in den frühen Mittagsstunden war klar, dass der Gegenprotest von Erfolg gekrönt ist und die Nazis nicht weiter laufen können, da eine zentrale Kreuzung des Aufmarschs der Rechten von mehreren hundert Gegendemonstrant*innen blockiert war. Eine solche Blockade eines Naziaufmarsches gilt als ziviler Ungehorsam. Die Polizei setzte dennoch alle Hebel in Bewegung, um den Aufmarsch der NPD zu ermöglichen und das ganze Theater der Faschisten im bizarren Auftritt von Sebastian Weigler auf dem leeren Parkplatz der Volksbank gipfeln zu lassen.

Völliges Unverständnis lösen bei uns auch die angekündigten Anzeigen Polizei gegen antifaschistische Demonstrant*innen aus. Wer vor Ort war, wird wissen, wer hier tatsächlich gewalttätig war. Spannend wäre hierbei auch, warum es weder die Polizei noch die Presse für nötig hält zu erwähnen, dass Neonazi Sebastian Weigler Schusswaffengebrauch gegen Demonstrant*innen forderte, um die Blockade der Route zu räumen oder der mehrfach vorbestrafte Pierre Bauer zunächst ohne Einschränkung als Ordner auftreten durfte, bis Medienvertreter*innen darauf aufmerksam machten, dass Bauer ein verurteilter Gewaltverbrecher ist.

Mehr unter: <https://eschedenazifrei.noblogs.org/>

Ein Rückblick auf die Aktivitäten aus der Gemeinde Eschede

Seit Jahren ist der Nazihof in Eschede als Treffpunkt für die extreme Rechte überregional bekannt und berüchtigt. Und seit Jahren gibt es dagegen Widerstand.

Letztes Jahr hat sich nun allerhand geändert. Zum einen wurde der Hof an den NPD-Landesverband Niedersachsen verkauft. Dies stieß auf großes Unverständnis und führte zu Protest, auch in Eschede. In der Folge wurden Anfragen gestellt, die darauf zielten, ob das nicht zu verhindern gewesen wäre. Aber scheinbar gibt es keine Verantwortlichen; die Zuständigkeit wurden zwischen Gemeinde Eschede, Landkreis Celle und Land Niedersachsen hin- und hergeschoben – niemand übernahm die Verantwortung für dieses Desaster.

Daraufhin hat sich auch in Eschede einiges gerührt. Der ehemalige *Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte* stellte sich neu auf und erhält Unterstützung von der Gemeinde Eschede. Diese wiederum gründete kurzzeitig eine eigene Arbeitsgruppe aus Politik, Verwal-



tung und Kirche, engagierte zwei externe Moderatoren, von denen sie sich aber wieder trennte, da sie wohl mit deren Arbeit nicht zufrieden war.

Eine weitere Veränderung im letzten Jahr war, dass die vom *Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus* angemeldeten Demonstrationen endlich direkt bis zum Nazihof führten. Dies wurde nur möglich, indem eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt wurde.

Diese Tatsache, dass die Demonstrationen direkt zum Nazihof führen, ärgert die Nazis derart, dass sie ihrerseits für dieses Jahr gleich neun Demonstrationen in Eschede angekündigt hatten.

Die angekündigten NPD-Demonstrationen wiederum hatten zur Folge, dass der Widerstand in Eschede erstarkte. Nazis weit draußen auf dem NPD-Hof ist wohl nicht so furchtbar, aber Nazis im Ort – das geht anscheinend gar nicht. Also war am 20.06.2020 allerhand los auf den Straßen von Eschede, was wiederum dazu führte, dass der Autoverkehr in Eschede zum Erliegen kam. Und das ist ja bekanntlich der Supergau.

Aber was passierte in Eschede von offizieller Seite in den vergangenen Jahren? Es ist nicht so, dass der Nazihof nicht bekannt war, und es wurde auch in Vergangenheit manches versucht, das Treiben dort einzuschränken.

Nach einer Wehrsportübung 1992 in Eschede fand in deren Folge bei Nahtz eine Hausdurchsuchung statt und Waffen wurden beschlagnahmt. Es gab eine von Skinheads ausgehende Prügelei auf dem Schützenfest, Hakenkreuzsprühereien tauchten im Dorf auf. Als trauriger Höhepunkt wurde 1999 Peter Deutschmann durch Escheder Neonazis totgeschlagen. Als im Jahr 2000 eine Sommersonnwendfeier auf dem Hof Nahtz stattfand und eine geplante Wintersonnwendfeier im selben Jahr von der Polizei unterbunden wurde, verfassten Politik und Verwaltung von Eschede einen offenen Brief an Nahtz. „Spätestens seit der Sonnwendfeier vom 24. Juni und den Ereignissen am letzten Sonnabend (die geplante Wintersonnwendfeier, Anm. revista) sind die Veranstaltungen auf Ihrem Hof nicht mehr Ihre Privatangelegenheit“, hieß es u.a. Weiter wurde die Befürchtung geäußert, dass Eschede zum Ersatzstandort für das zu diesem Zeitpunkt seit zwei Jahren geschlossene Nazizentrum in Hetendorf werden könne. Und der Rat distanzierte sich im Namen der Bevölkerung von Eschede von den Umtrieben auf dem Hof Nahtz. In dem Brief ist weiter die Rede davon, dass niemand in der Samtgemeinde ihn ausgrenzen wolle, Nahtz sich aber vor einen Karren spannen lasse, den er nicht mehr steuern könne. (Der Polizeieinsatz im Winter 2000 wurde übrigens drei Jahre später vom Verwaltungsgericht Lüneburg als rechtswidrig erklärt.)

Es gingen wieder einige Jahre ins Land, mit diversen Aktivitäten auf dem Hof, als sich im Jahr 2007 die *Heimattreue Deutsche Jugend* bei Nahtz traf. Das führte dann doch zu allerhand Bewegung, im Dorf und darüber hinaus. In einer gemeinsamen Resolution haben die Escheder Gemeinden Vereine, Verbände, demokratische

Parteien und alle Menschen aus der Samtgemeinde und Umgebung dazu aufgerufen, sich an einem bürgerlichen *Bündnis gegen Rechtsextremismus* zu beteiligen. Ziel sollte sein, die Menschen zu informieren und zu sensibilisieren. Bei einem ersten Treffen wurde ein Fest, zeitgleich mit der bei Nahtz stattfindenden Sonnwendfeier, aber weit entfernt beim Schwimmbad geplant und durchgeführt.



Das Thema „extreme Rechte“ wurde im Rat erörtert und es wurden weitere Veranstaltungen geplant. Im November fand dann der sog. „Eschenschnack“ statt, mit örtlichen Politiker*innen, dem Landrat, dem Polizeichef, der damaligen Sprecherin des Verfassungsschutzes. Viel Neues kam dabei nicht heraus; die Gefahr durch Neonazis im Landkreis Celle sei eher gering, aber der Landrat wollte die Jugendarbeit stärken.

Dann war wieder Ruhe. Das bürgerschaftliche Bündnis emanzipierte sich von Politik und Verwaltung, änderte seinen unsäglichen Namen von *Gemeinsam gegen Extremismus* in *Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte* und arbeitete mit dem *Celler Forum gegen Rechtsextremismus* und später mit dem *Netzwerk Südhede gegen Rechtsextremismus* zusammen. Aber immerhin hat die Gemeinde Eschede eine jährliche finanzielle Unterstützung in ihrem Haushalt eingestellt.

Der Escheder Arbeitskreis beteiligte sich an den Demonstrationen gegen die Nazitreffen in Eschede, hat auch selbst eine Kundgebung durchgeführt und diverse Veranstaltungen in Eschede zum Thema extreme Rechte auf die Beine gestellt, mit z.T. erstaunlich vielen Besucher*innen, sowie ein Konzert mit regionalen Bands unter dem Motto „Eschede muckt auf“ durchgeführt.

Politik und Verwaltung waren erst letztes Jahr wieder zum Thema extreme Rechte wahrnehmbar. Nach der Demonstration vom 20. Juni wurde wieder eine Resolution verabschiedet. Und wieder ist es nur Empörung über die NPD, Handlungen werden von anderen, wie Bund und Land gefordert. Und auch von den Bürger*innen, die sie auffordern, das neue *Bündnis gegen Rechts* zu unterstützen. Was sie selbst machen wollten, bleibt unklar.

Doch wir wollen nicht nur rumunkeln, wir haben auch einen Vorschlag. Eschede könnte sich doch darum bemühen, von dem Bundesprojekt „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert zu werden. Das Programm unterstützt Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse. Das bedeutet aber nicht, dass nur Gelder abgegriffen werden können, da muss dann schon ein Plan her und es muss gewollt sein.

Timm Ulrichs. Eine Ausstellung zum 80. Geburtstag im Kunstmuseum

Die Krönung - 80 Jahre Totalkunst

Wie so vieles in letzter Zeit - naja, Sie wissen schon, ist auch diese Ausstellung etwas aus dem vorgesehenen Zeitplan gefallen. Ursprünglich für den März geplant, eröffnete die Schau erst im Mai, ohne Vernissage, und besonders schade, auch ohne das im Begleitprogramm vorgesehene „Kino mit Künstler“: Gezeigt werden sollte der Film von Ralf-Peter Post „Der Totalkünstler“ (2018), kommentiert von Timm Ulrichs persönlich.

Diese Schau bietet einen umfassenden, großartigen Ein- und Überblick in die 80 Schaffensjahre des „Totalkünstlers“ (so bezeichnet er sich selbst) Timm Ulrichs, ein lebendes Kunstwerk, „gesetzlich geschützt“ und mit tätowierter Registriernummer auf dem Oberarm.

So lässt er folgerichtig aus seinem Haar „Timm Ulrichs' Künstlerhaarpinsel“ anfertigen oder seinen Kopf abformen, um dann mit dieser Form und Beton „Kopfsteinpflaster“ zu gießen. Diese Betonschädel sind in der Ausstellung zu ein paar Metern Straße zusammengelegt, werden zu einer „Schädelstätte“ (T.U.).

Zusammengestellt ist die Ausstellung aus der umfangreichen Sammlung Robert Simon, der die Werke von Timm Ulrichs seit Jahrzehnten zusammenträgt. Einen Sammlungsschwerpunkt bilden die Lichtkunstarbeiten des Künstlers.

Eine davon ist die Arbeit die „4 Mondphasen“, bei der das „O“ im dem Wort „Mond“ eben diese Phasen anzeigt, von zunehmendem über Vollmond und abnehmendem zum Neumond. Die Idee zu dieser Arbeit stammt aus dem Jahr 1963, die Umsetzung zum Objekt erfolgte erst im Jahr 1990.

Ulrichs versteht sich zuallererst als Ideenentwickler, und bis die Ideen in Objekte umgesetzt werden, können schon mal 27 Jahre ins Land gehen.

Eine wesentliche Bedeutung für die Arbeit des Künstlers hat die Sprache: Das Wortwörtlichnehmen von Begriffen und Wörtern, wie z.B. den Satz „Ich kann keine Kunst mehr sehen“. Das bekannte Foto dazu zeigt Timm Ulrichs mit einem umgehängten Pappschild mit diesem Satz, einer gelben Armbinde mit 3 schwarzen Punkten drauf, dazu trägt er Sonnenbrille und tastet mit einem

Gedanken, Ideen, Metaphern, Anagramme sichtbar machen: Wie z.B. die Formulierung „Für immer die Augen schließen“, da sind auf dem Lid eines geschlossenen Auges die Worte „THE END“ eintätowiert, oder das Anagramm „AUGENGENAU“.



Provokant das Foto, auf dem Ulrichs als lebender Blitzableiter nackt, mit einer meterlangen Metallstange auf den Rücken geschnallt, über eine Wiese spaziert (mein erster Gedanke: So blöd kann doch keiner sein!). Es ist beim Betrachten des Fotos gewissermaßen körperlich zu spüren, wie's ausginge, schlug da der Blitz ein. Aber es ist ja gut gegangen.

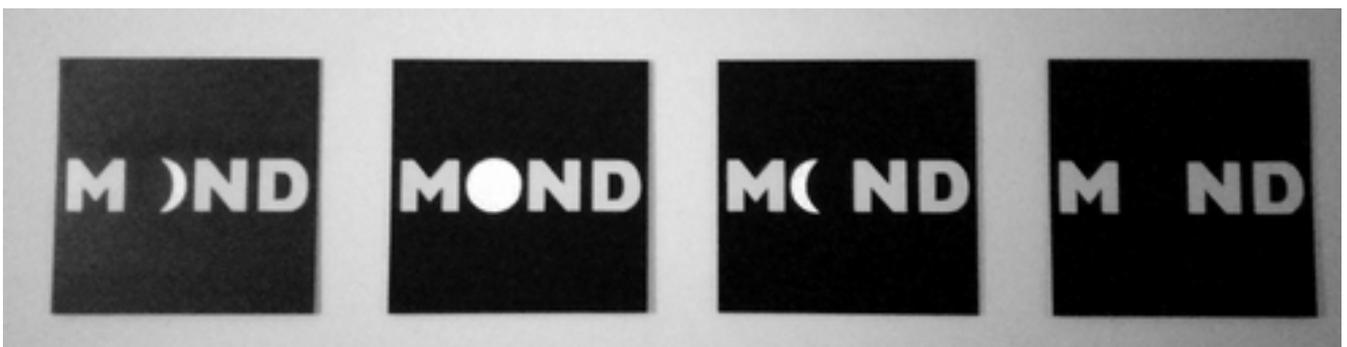
Und dann ist da noch die Sache mit der Tautologie: Dazu müssen wir allerdings mal kurz das Kunstmuseum verlassen und uns zum Celler Lichtkunstbahnhof begeben.

Eine Tautologie ist ja eine Aussage, die aus logischen Gründen immer wahr ist (wenn es regnet, regnet es), stilistisch bedeutet sie eine Anhäufung gleichbedeutender Wörter. So ist Timm Ulrichs Antwort auf Gertrude Steins berühmte Gedichtzeile „a rose is a rose is a rose“ „... EINE TAUTOLOGIE IST EINE TAUTOLOGIE IST EINE TAUTOLOGIE IST ...“, sichtbar gemacht mit einer LED-Laufschrift, die in der Bahnhofshalle über dem Nordausgang angebracht ist.

Timm Ulrichs Devise lautet: „Kunst ist Leben, Leben ist Kunst“.

Der Eintritt kostet EUR 8,00/5,00, die Karte gilt 4 Wochen. Und dahin lässt sich wirklich sehr gut öfter hingehen.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 6. September 2020



In der Schreibstube gefunden

Oskar Ansell veröffentlicht im Herbst „Papierstreifen“. Das sind vereinzelte und nur grob durch Zeitmarken – unter anderem die Jugend des Autors in Westercelle, – verbundene Glossen, Erinnerungen und vermischte Gedanken.

Ansell entdeckt in diesem Bändchen wo nicht die Langsamkeit, so doch einen eher mählichen Verlauf der Zeit. Und gut so: Nichts wäre unrichtiger, als wenn ein publizierender Mensch durch flotte Schreibe darüber hinwegzutäuschen versuchte, dass Lebenszeit eben verstrichen ist.

Jaja, einstmals als talentierter Gockel-Darsteller und späterer Faust-Deklamator ...

Dies ist kein Buch zur schnellen Verdauung; der/die Leser*in wird wohl mehr im Modus des Schmunzeln und Kratzens-am-Hinterkopf verweilen. Das Material taugt für wiederholtes Entnehmen aus dem heimischen Buchregal. So einiges, wie die imaginierten Zwiegespräche mit den Geistesgrößen der Vergangenheit, hat Ansell während des harten Corona-Lockdowns dankenswerter Weise an ausgewählte Freunde und Bekannte versandt. Die wissen nun schon um den Gebrauchswert der „Papierstreifen“. Und wie amüsant ist denn zum Beispiel nur die Story vom armen Papageien Jocko!!

Viel Spaß beim (Wieder-) Entdecken

Oskar Ansell: Papierstreifen, 240 Seiten, Wehrhahn Verlag Hannover 2020, ISBN: 978-3-86525-787-1, 22 EUR – Auslieferung ab 17. September

Menschen und Bücher – Bücher und Sklaven

6000 Sklaven, werden nach dem Spartakus-Aufstand gekreuzigt, mit Pech bestrichen und angezündet. Eine Allee lebender Fackeln, die Via Appia entlang, von Capua bis Rom, eine Inszenierung im Jahre 71 vor unserer Zeitrechnung.

Menschen verbrennen Menschen, das ist nicht neu, aber später verbrennen sie mit ihnen auch Bücher, das ist das Neue. Beide werden hingerichtet, gern gemeinsam. Die gefährlichen Bücher des Widerspruchs, der Aufklärung, die wertvollen, unbezahlbaren, von wenigen Geistern überhaupt gelesenen; es wurden Morde verübt, um in ihren Besitz zu gelangen. Mit den Menschen und den Büchern sollten stets Ideen verschwinden. 1415 brennt Jan Hus mit seinen Büchern; 1664 die Bücher des Dramatikers Molière in Paris; 1773 verbrennen Göttinger Hainbündler, zu Ehren Klopstocks, Bücher von Christoph Martin Wieland in einem Kamin. Die Liste dieser Scheiterhaufen ist weltweit und lang. Doch mit dem deutschen Großflächenbrand der Bücher, am 10. Mai 1933, inszeniert sich angestachelter studentischer Pöbel,

PAPIERSTREIFEN fallen in Druckereien als Beschnitt an, der Verwendung fand in Buchbindereien, Bibliotheken, Buchhandlungen Verlagen & Redaktionsstuben, an zahllosen privaten Schreibtischen; sie kursierten als Leseseichen, Skizzen, Erinnerungszettel für kurz Notiertes, alles, was nicht unter den Tisch fallen, nicht verloren gehen sollte

. . . . ist doch ein jedes Blättchen gut.



RWLE Möller: Portrait Oskar Ansell, 1985

kommt der Hass auf Straßen und Plätze, buchhalterisch wird ein Vernichtungswerk in Gang gesetzt, dessen Vollendung auf Menschen abzielt. Ein Vorgang, vor dem Heinrich Heine hundert Jahre zuvor hellsichtig gewarnt hat.

Ein Nachflackern der Bücherbrände ereignet sich am 3. Oktober 1965, als Jugendliche, die sich den »Entschiedensten Christen« von Düsseldorf zuordneten, sogenannte Schund- und Groschenromane und das Jugendmagazin BRAVO verbrennen. Und, weil sie gerade dabei sind, übergeben sie auch Bücher von Albert Camus, Günter Grass, Erich Kästner und Vladimir Nabokov den Flammen. Alles angeblich vom Ordnungsamt der Heinrich-Heine-Stadt Düsseldorf genehmigt. Kästners Bücher werden ein zweites Mal verbrannt, diesmal begleitet von feierlicher Rezitation entsprechender Bibelstellen.

Schlosstheater jedoch mit Aufbruchsg Geist



Kein Bockpalast, kein Südwinfen, die neue Leitung des Kammermusikrings zu Beginn der Ägide gleich in Planungsnöten, Gerd Wellers Braunschweiger Symphoniker habe alle Gastspiele abgesagt, Das *achteinhalb* zugesperrt

und *KunstundBühne* haben dem Vernehmen nach alle Dates erst einmal um ein ganzes Jahr postponed. Zwischenzeitlich aber haben Frau Hildebrand und Freund*innen nachgelegt und zahlreiche neue Termine ab September geschaltet, darunter gemeinsam mit der Celler Buchhandlung Sternkopf & Hübel einen Termin mit dem Buch-Kritiker D. Scheck vereinbart (30.9.).



<https://kunstundbuehne.de/events>

Ganz bemerkenswert: Kanal29 (per crowd-funding ins Leben gerufen) von Max Mund & Co - ein Projekt, das die Mattscheiben und Monitore via streaming mit ganz unterschiedlichen musikalischen und talkshowigen Unterhaltungsformaten versorgt. Prima Initiative

<https://kanal29.de>

Sonst gab's noch ein Herdensingen und Kino-in-der-Blechboxe an der CD-Kaserne und lauschige Kleinkonzerte im Heilpflanzengarten.

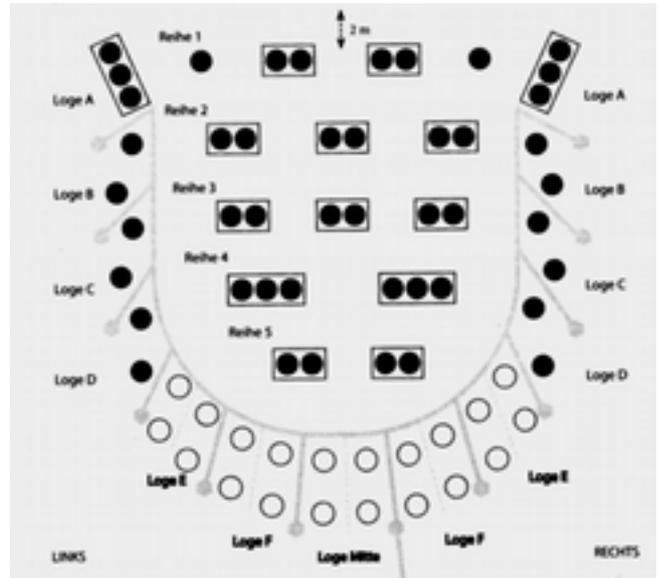
Das *Celler Theater* hatte ganz pünktlich die Mitarbeiter*innen in die Kurzarbeit geschickt und den Betrieb eingestellt.



Sehr pünktlich; andere subventionierte Betriebe - etwa die Bühnen in Oberhausen und Wiesbaden - haben wenigstens versuchsweise mit Beginn der Lockerungen mehr als nur einen Livestream gestartet. Vielleicht brauchte ja die Welt nicht noch weitere Versuche, Bushaltestellen und Parkpaletten mit eingedampften Klassiker-Versionen zu bespielen, damit den Menschen wenigstens ETWAS geboten wird.

Nun aber haben Intendant Döring und sein Team die Pläne für die anstehende Spielzeit (erste Premiere noch im Schlosshof *Der kleine Horrorladen*) bekannt gegeben, und die Leute haben sich einiges ausgedacht:

Es wird und kann vorläufig kein Abo-System mehr geben (sondern ein Anrechte-System ähnlich den Vorzugs- und Stammaktien an der Börse), es werden die kleinen Studio-Bühnen aus naheliegenden Gründen nicht bespielt, das Theater muss gar auf den Broterwerb des Märchens zur Vorweihnachtszeit verzichten – jeweils 300 Kids zweimal pro Vormittag unter Infektionsschutzregeln zu bespaßen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.



Ganz trübselig sieht die vorübergehende Bestuhlung der Hauptbühne aus (siehe Teilskizze oben).

Ganz in die *Offensive* allerdings geht es mit der Auswahl Stücke: neben Selbstläufern wie *Romeo&Julia* oder der *Möwe* wäre das *Oslo-Projekt* zu nennen, eine Recherche über das Politik-Machen per openspace-Situationen; dazu *Die Weisse Krankheit* des alten Theater-Haudegens Capek (mal nicht Camus' Pest-Variation!), sowie *Extrawurst* (wie tolerant können wir Gutmenschen eigentlich sein?), und *Fiskus* (ja: Thema Finanzamt und Abgabentreue) und noch *Furor* des Autoren-Duos Hübner-Nemitz zum Thema Systempresse in der Halle 19.

Das Motto scheint zu lauten: wir haben keine Chance, also nutzen wir sie - bzw: JetztErstRecht!! - und es ist nebenbei auch spürbar, dass die Option einer Rückkehr zur Normalität in die Disposition eingeflochten wurde.

Es ergeht hier der dringende Rat, sich zu einem newsletter anzumelden, denn die Öffentlichkeitsarbeit von Dr. Hoffmann wird sicher in erhöhter Schlagzahl updates versenden müssen, wenn z.B. im Arena-Format vor dem geschlossenen „Eisernen Vorhang“ unter anderem *Die Konferenz der Tiere* für Kinder und deren Großeltern gegeben wird; eine Gelegenheit, Erinnerungen für das Leben zu schenken (Regie Sonja E. Schröder).

Chefdramaturg Matthias Schubert und der neue Kollege Moritz Peters haben noch weitere Stücke, Formate und begleitende Veranstaltungen mit externen Beteiligungen vom Tennisclub bis zum Finanzamt im Köcher.

Ob dieser Stücke-Auswahl und des Rahmenprogrammes dürfen wir allemal sehr gespannt sein!!

<https://schlosstheater-celle.de/service/newsletteranmeldung.html>

GEPUNKT

Lebenslaute bei Rheinmetall in Unterlüß

Ob der Unterlüßer Bürgerpark schon einmal etwas Schöneres erlebt hat? Es war beeindruckend, wie Chor und Orchester der **lebenslaute** die Besucher*innen gefangen nahm, und zwischen einigen Stücken mit Redebeiträgen verschiedene Aspekte der Lebensfeindlichkeit der Rüstungsproduktion von Rheinmetall – ja – auf den Punkt brachte.

Unter dem Namen **lebenslaute** unterstützen seit 1986 musikalische Laien und Profis mit Orchesterinstrumenten und im Chor Aktionen von politischen Bewegungen. Die offene Aktionsgruppe bringt ihre Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Nuklearanlagen und Raketendepots, vor Ausländerbehörden und anderen menschenbedrohenden Orten. Und in diesem Sommer halt am Standort von Rheinmetall in Unterlüß.

Neben einigen klassischen Stücken wie „Drathulas Grabesgesang“ von Johannes Brahms oder dem 2. Satz aus Beethovens 7. Sinfonie faszinierten vor allem die Chorarrangements von Dylans „Masters of War“ oder Boris Vians „Le Déserteur“. Zu gefallen wusste auch – nicht nur wegen des Titels – Mauriceo Kagels „Marsch Nr. 4“ aus „Zehn Märsche, um den Sieg zu verfehlen“.

Nun hatten wir nicht den Eindruck, dass viele Menschen aus Unterlüß sich an diesem sommerlichen Abend in ihren Bürgerpark getraut hatten.

Am Montag, den 17. August, wurden ab 5:40 Uhr die Zufahrten der Rheinmetall Landsysteme GmbH von 98 Musiker*innen des Aktionsnetzwerks **lebenslaute** blockiert. Kein Fahrzeug konnte das Gelände verlassen oder auf das Gelände fahren. Während der Blockade erklang auf allen Zufahrten klassische und populäre Chor- und Instrumentalmusik. Gegen 7:00 Uhr wurden die Arbeitenden über einen Feldweg durch den Wald zu einem der



Um 10:30 Uhr fanden sich alle Musiker*innen in der Nähe des Haupteingangs ein, wo Lebenslaute ab 11:00 Uhr seine diesjährige Protestaktion mit einem zweistündigen Aktionskonzert beendete.

Unsererseits ist den **lebenslaute**-Musiker*innen und Sänger*innen nur zu danken für ihr Engagement, das organisatorisch von der Friedensaktion Lüneburger Heide begleitet wurde.

Widerständige Musik an unmöglichen Orten

In diesem Jahr hat der Verlag Graswurzelrevolution einen liebevoll gestalteten Rückblick auf 33 Jahre **lebenslaute** veröffentlicht.

Einen großen Teil des Bandes nehmen Berichte von Teilnehmer*innen an den einzelnen Aktionen ein. Immer wieder geht es gegen Militarismus und Rüstung, gegen Abschiebung und Ausgrenzung, gegen Atommüll und Atomwaffen. Die subjektiven Zugänge machen die Beiträge sehr lebendig, und zeigen auch auf, wie und warum sich die Einzelnen in die **lebenslaute**-Aktionen einbringen – und welche Erfahrungen sie dabei mitgenommen haben. Im Vorwort heißt es: „Unser Vertrauen in die gewaltreduzierende Kraft der Musik und in den allgemeinen Respekt gegenüber der Musikkultur verleiht uns den Mut zur Konfrontation.“

Auf der beigelegten DVD ist neben kleinen Aktionsberichten auch ein fast zweistündiges Konzert in Stuttgart 2016 („Schlussakkord statt Drohnenmord“).

Lebenslaute (Hg.): Widerständige Musik an unmöglichen Orten. 33 Jahre Lebenslaute. Münster 2020. 249 Seiten und DVD, ISBN 978-3-939045-39-7, 25,00 Euro



Foto: A. Jankowski



Blick nach Links # 17

In revista Nr. 100 / Blick nach Links #16 ließ sich ja auf der Seite <http://www.autoruf-schwarmstedt.de/Live-Cam/> sehr hübsch den 3 Jungstörchen auf der „Alten Burg“ in Schwarmstedt beim Heranwachsen zusehen, wie jede Menge Futter rangeschleppt wurde und vor allem, sehr wichtig, an den heißen Tagen Wasser. Das lief der Störchin (?) dann wie aus einem Hahn aus dem Schnabel. Die weißen Beine haben auch was mit der Hitze zu tun: Indem sie diese mit Kot und Harnstoff einschmieren, können sich die Tiere durch entstehende Verdunstungskälte Kühlung verschaffen und so ihren Kreislauf stabil halten.

Das Bildchen ist ein Screenshot vom 81. Tag nach dem Schlupf der Küken, zu diesem Zeitpunkt sind sie schon häufig unterwegs, Fliegen üben, sich selber Futter besorgen. - Heute, am 17.08., sind sie 91 Tage alt und so gut wie schon weg, über die Türkei und Israel nach Afrika, und verbringen da den Winter gerne in der Republik Tschad. Es wird gemunkelt, wegen der Musik. https://www.youtube.com/watch?v=SOZTKSKw_rY

Im Wald und auf der Heide # 29

Wie einmal Spargel aus Ecuador nach Celle kam

Die Saison für Spargel (Asparagus) in Ecuador läuft 12 Monate. Es werden 1.448 Tonnen im Jahr produziert, von denen der überwiegende Anteil exportiert wird, da Spargel auf dem heimischen Markt so gut wie überhaupt nicht abzusetzen ist; er kommt in der ecuadorianischen Küche schlicht nicht vor.

So werden also Flächen für ein Gemüse verbraucht, das von der Bevölkerung nicht gegessen wird.

Der Wasserverbrauch liegt mit 1.470 Litern pro produziertem Kilo Spargel ungefähr gleich mit dem von Avocados, Weizen und Sojabohnen, Kartoffeln verbrauchen hingegen nur 210 l/kg.

An der Spitze im Verbrauch stehen Kakao (27.000 l/kg), Kaffee (21.000 l/kg) und Rindfleisch (15.490 l/kg).

Da Spargel selbst einen Wasseranteil von 93 % hat, heißt das, es würden von 1.448 t geerntetem und exportiertem Spargel 1.346,64 t als Wasser aus dem Land gebracht (wahrscheinlich eine Geschäftsidee von Nestlé).



Zum Vergleich: Die Jahresproduktion in Deutschland beläuft sich auf 130.881 t/Jahr, die Saison dauert – na sagen wir – drei Monate (der Spargel wird zum Teil unter Folie angebaut, die Felder sind beheizt, so kann die Ernte auch schon im April beginnen). Am 24. Juni, Johannistag, ist damit ja traditionell Schluss, der Spargel kann „ins Kraut schießen“. Und wir können auf Spargel aus Ecuador zurückgreifen. Macht aber auch fast niemand.

Transportiert wird der Spargel zu uns per Flugzeug (10.700 km) oder per Schiff 5.400 Seemeilen (Passage durch den Panamakanal). Mit einem Raumschiff mit Lichtgeschwindigkeit transportiert betrüge die Flugzeit 0,034 Sekunden, Captain Kirks USS Enterprise wäre noch 512 mal schneller. Kurze Lieferzeiten also.

Von dem exportierten Spargel landen wiederum 25 % im Müll, da hier in der Saison die Märkte und Regale mit regional geerntetem Spargel vollgepackt sind. Fast Niemand isst Spargel aus Ecuador.

Davon wird nun ein kleiner Teil vor den Mülleimern der Einkaufszentren z.B. von „foodsaving celle“ bewahrt und 2 x wöchentlich beim Bunten Haus unter die Leute verteilt. Wie diese 450 Gramm im Juli.



Eine Chronik des Kampfs gegen Hetendorf 13

Im Jahr 1978 erwarb der rechtsextremistische *Freundeskreis Filmkunst* ein rund 7000 qm großen Grundstück in Hetendorf 13 vom Bundesvermögensamt Soltau. Mitbetreiber wurde die *Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung* des Hamburger Rechtsanwalts und führenden Neofaschisten Jürgen Rieger. In Hetendorf 13 versammelten sich von Beginn an faschistische, neuheidnische und revisionistische Gruppen. Seit 1984 fanden regelmäßig Lager der „*Wiking-Jugend*“ (WJ) in Hetendorf statt, im Mai 1986 und im Juni 1987 die „*Tage volkstreuer Jugend*“. Seit 1991 wurde jeweils zur Sommersonnenwende die so genannten „*Hetendorfer Tagungswoche*“ durchgeführt.

Nach einer intensiven antifaschistischen Kampagne wurde die *Wiking Jugend* am 10. November 1994 vom Bundesinnenminister verboten; der seit 1991 als Träger des Schulungszentrums fungierende Verein „*Heide-Heim e.V.*“ wurde am 11. Februar 1998 vom niedersächsischen Innenministerium verboten und das gesamte Vereinsvermögen, darunter auch das Gelände und Gebäude des Nazizentrums, beschlagnahmt.

Nazi Umtriebe im Landkreis Celle

Eine etwas breitere Öffentlichkeit wurde erstmals 1984 auf die Nazi-Umtriebe im Landkreis Celle aufmerksam. In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember fiel zunächst die Scheune eines Bauernhofs in Meißendorf einem Brandanschlag zum Opfer und mit ihr 19 dort abgestellte Fahrzeuge der „*Nothilfstechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel*“, einer Wehrsportgruppe des Bergener Arztes Uwe Jürgens. In derselben Nacht brannten auch in Hetendorf zwei Gebäude und ein Schuppen.

Im Vorfeld war eine genaue Recherche veröffentlicht worden, die zunächst im November in der Hamburger Zeitschrift *Große Freiheit* und dann im Dezember und Januar über acht Seiten im *Celler Zündel* erschien.

Die politische Kampagne gegen Hetendorf begann mit einer Demonstration am 3. Oktober 1987. Rund 400 bis 500, vor allem autonome AntifaschistInnen demonstrierten vor Ort gegen das Herbstlager der Wiking Jugend, die angesichts der angekündigten Proteste das Lager abgesagt hatte. Das aufrufende Spektrum war schmal: In Celle waren es die GRÜNEN und die „*Unabhängige Initiative*“, eine eher autonome Antifa-Gruppe.



Die Demonstration selbst endet in einem über acht Stunden dauernden Polizeikessel. Doch nicht das, sondern die Enttarnung und Verletzung eines Zivilpolizisten sorgt anschließend überregional für Schlagzeilen. Insbesondere die GRÜNEN werden angegriffen, weil sie sich nicht von ihren autonomen Bündnispartnern distanzieren wollen. Hier ein Auszug aus einem Bericht der taz:

„*Die Proteste gegen das geplante Herbstlager der rechtsextremistischen Wiking-Jugend (WJ) in Hetendorf bei Celle führten am Sonnabend zu einer Konfrontation mit der Polizei. Vor Ort ließ sich kein Neonazi blicken. Dagegen kam es in Celle gegen 8.00 Uhr morgens vor dem Haus der Jugend zu einem Zusammenstoß mit Skinheads, wo sich etwa 20 Antifaschisten zur Abfahrt nach Hetendorf verabredet halten. Diese Gruppe wurde von 15 maskierten, kahl- und kurzgeschorenen Personen mit Knüppeln angegriffen. Dabei wurde ein Antifaschist verletzt. Der Schlägertrupp entkam unerkannt. Hetendorf war von insgesamt 400 Polizisten hermetisch abgeriegelt worden. Die Fahrzeuge der rund 260 Antifaschisten aus dem gesamten nordwestdeutschen Raum wurden auf beiden Seiten der Durchgangsstraße samt Demonstranten eingekesselt. Freie Weiterfahrt war nur möglich, wenn die Insassen ihre Personalien überprüfen und ihre Kfz's durchsuchen ließen. Dieser Maßnahme entkamen weder Anwohner noch Journalisten, die sich ausweisen konnten. Insgesamt acht Stunden lang dauerte der Polizeikessel. Bilanz der Polizei: Keine Festnahmen, aber Ordnungswidrigkeitsanzeigen wegen Verkehrsdelikten. Gefunden beziehungsweise beschlagnahmt wurden laut Polizei 65 Knüppel, Tränengas, Leuchtpatronen, Stahlkugeln, Farbbeutel und Benzinkanister. Während der polizeilichen Belagerung schlugen Demonstranten einem erkannten Zivilpolizisten mit einem Knüppel über den Kopf. Er mußte mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus gebracht werden.*“



Im Folgejahr konnte das lokale Bündnisspektrum zwar insoweit erweitert werden, als zu einer Kundgebung in Celle am 1. Oktober 1988 nun auch Jusos und VVN aufriefen; allerdings beteiligten sich nur rund 70 Personen an dem Protest.

Zum Jahresende 1988 gab die niedersächsische VVN in der Reihe „Neofaschismus unter der Lupe“ eine 30-seitige Broschüre mit dem Titel „Hetendorf 13 – ein Zentrum des braunen Netzes“ heraus. Das Thema wurde in den Folgejahren im wesentlichen durch Recherche und Öffentlichkeitsarbeit beackert, Protestaktionen aber unterblieben: Zum einen, weil in überregionalen Antifa-Zusammenhängen die 1987er Demonstration als „politische Niederlage“ bewertet wurde, zum anderen, weil die deutsche Einheit und die damit einhergehende Welle von Rassismus andere Schwerpunkte nötig machte.

Spiel ohne Grenzen

Erst im Jahr 1994 nahmen die Aktivitäten gegen das faschistische Schulungszentrum einen neuen Anfang. Der Celler *Antifa Arbeitskreis* hatte mit drei Bundestags-, Landtags- sowie Kreistagsanfragen, die über die PDS

bzw. die Bündnisgrünen lanciert wurden, inhaltliche Vorarbeit geleistet. In der Region waren, initiiert von Hermannsbürger*innen rund 3.300 Unterschriften für die Schließung des Zentrums gesammelt worden.

Zum Pfingstlager der „*Wiking-Jugend*“ führte der *Antifa AK* deshalb eine Flugblatt- und Plakataktion durch, die örtliche Landjugend widmete ihr „Spiel ohne Grenzen“ in eine Gegen-Veranstaltung um, so dass die Neofaschisten erstmals nicht auf dem Festplatz der Gemeinde aufmarschieren konnten. Auch die Presse wurde 1994 wieder auf das Treiben in Hetendorf aufmerksam. Erste Konsequenz: Im November 1994 verbot das Innenministerium die WJ. Antifaschisten hatten so viel „Belastungsmaterial“ geliefert, dass – wie es in einem Kommentar in der Celler Szenezeitschrift *Publiz* heißt – das Innenministerium „die Brille aufgesetzt und gesehen [habe], worauf antifaschistische Organisationen seit langem hinweisen.“ In der Verbotsverfügung war zu lesen: „Vorstellungswelt und Gesamtstil weisen eine Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und ihrer Teilorganisation >Hitlerjugend< auf.“

Am 29. November 1994 gründete sich das „*Bündnis gegen Rechts – Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf*“. Mit dabei vor Ort: der *Antifa AK*, die *AG Bergen-Belsen*, der *AK Asyl*, der Sportverein *Blau Blau Bonstorf*, die Bündnisgrünen, die *INK*, die *INTI*, der deutsch-kurdische Freundschaftsverein, die *Jusos* und die *VVN*.

Was dieses Bündnis in den folgenden drei Jahren durchgezogen hat, ist ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche Kampagnenpolitik. Warum?



Es gelang die Zusammenarbeit von städtischer, d.h. auch militanter *Antifa*-Bewegung und der Bevölkerung vor Ort. Die Medien wurden mit akribisch zusammengetragenem Recherchematerial versorgt, dabei vielfältige Kontakte hergestellt und für die entsprechenden Anlässe zur Berichterstattung gesorgt. Es wurden Aktionsformen genutzt, die die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort ermöglichten, die eine Kontinuität herstellten und gleichzeitig – zumindest im Rückblick – eine Steigerung beinhalteten. Damit gelang es, über die Berichterstattung in den überregionalen Medien auch die für solche Kampagnen immens wichtige Lokalpresse umzupolen



und über diesen Hebel die staatlichen Stellen unter erklärung- und Handlungsdruck zu setzen.

Schluss mit den Nazi-Treffen

Zu Pfingsten 1995 wurde die Kampagne mit einem „Big Bang“ eröffnet, den „Antifaschistischen Aktionstag“ vom 2. – 5. Juni unter dem Motto „Schluss mit den Nazitreffen – Gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf vorgehen“. Im Zentrum stand ein Zeltcamp in Sülze mit 800 Teilnehmer*innen; dort am Kaffeegarten Sülze stieg auch das Musikfestival. In Hermannsburg fand eine Podiumsdiskussion statt, ein Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen stand auf dem Programm, in Bonstorf gab es das „Spiel ohne Grenzen“ der Landjugend und ein Fußballturnier. Und: An der Demonstration in Hetendorf beteiligten sich 1.700 Menschen. Die Informationsarbeit wurde durch die Broschüre „Hetendorf 13 – Faschistisches Zentrum in Niedersachsen“ begleitet, die im Vorfeld herausgegeben worden war.

Anschließend wurde das Problem, wie man eine solche Mobilisierung in eine Kontinuität überführt, mit der Einführung von so genannten „Sonntagsspaziergängen“ gelöst. Mit dieser Aktionsform gab es bereits Erfahrungen an der Startbahn West. Sie hat verschiedene Vorteile: Das Thema wird im Gespräch gehalten, es gibt nur wenig formale Anforderungen, die Aktivist*innen haben eine Möglichkeit zum Kennenlernen und zum Austausch. Im Jahr 1995 wurden noch drei solcher „Sonntagsspaziergänge“ durchgeführt: am 13.8. mit rund 120, am 2.10. mit über 300 Teilnehmer*innen sowie am 17.12. (Teilnehmer*innenzahl gerade nicht auffindbar).

Am 29. April 1996 fand ein weiterer „Sonntagsspaziergang“ statt, der gewissermaßen schon als Warmlaufen für eine geplante Blockade der „Hetendorfer Tagungswoche“ und ein „Störmanöver“ bei der „Sonnenwendfeier“ der Neonazis diente.

Das Treffen der Faschisten war vom 15. bis 23. Juni angesetzt. Als Auftakt einer Reihe von Gegenaktionen blockierten rund 300 Menschen die Zufahrtwege zum Zentrum. Die Sonnenwendfeier am 20. Juni sollte dann mit Lärm gestört werden. Die rund 300 Antifaschist*innen sahen sich jedoch einem massiven Polizeiaufgebot gegenüber, das den Demonstrationszug angriff und ein-

kesselte. Es kam zu mehreren Verletzungen, 69 Personen wurden festgenommen und 132 weitere zur Abgabe ihrer Personalien gezwungen. Die Festgenommenen wurden vom Zentrumsgelände aus filmenden Faschisten vorbei abgeführt. - Ach so: Und zumindest der Celler Staatsschutz wusste auch, wo der wirkliche Feind steht – siehe Kasten auf Seite 32.

Schlagartig wandelte sich auch der bis dahin wohlwollende Ton der *Celleschen Zeitung* in eine regelrecht diffamierende „Berichterstattung“; das Bunte Haus in Celle, in dem sich das „Bündnis gegen rechts“ traf, erhielt eine Abmahnung vom Vermieter. Der Höhepunkt – und in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig – aber war: Gegen alle Teilnehmer*innen der Demonstration wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Landfriedensbruchs“ eingeleitet. Eine unglaubliche Kriminalisierung, wobei die geplante Aktion gegen die Sonnenwendfeier eindeutig nicht der Grund dafür war sondern nur der Anlass, endlich gegen die antifaschistische Bewegung vorzugehen. Dass eine Spaltung und Schwächung der Bewegung versucht werden sollte, wird auch daran deutlich, dass vor allem Jugendliche unter 21 Jahren in den Folgemonaten Anklageschriften erhielten, während in anderen Fällen Strafbefehle ergingen oder von der Staatsanwaltschaft Einstellungsangebote gemacht wurden. Der Spaltungsversuch ging nicht auf; im Gegenteil: Am 1. März 1997 gab es eine kraftvolle Demonstration mit rund 400 Teilnehmern in Celle, die sich im „Wanderkessel“ die Giebelspitzen unserer schönen Stadt anschauen konnten – und schließlich musste die Lüneburger Staatsanwaltschaft alle Verfahren einstellen. Es kam zu keiner einzigen Verurteilung, in vielen Fällen zu einer Einstellung gegen Zahlung von 200 DM an die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Dora-Mittelbau.

Und bei der „Sonnenwendfeier“ im Jahr 1997 waren es nicht weniger, sondern mehr Demonstranten geworden: Mit lauten Schreien, Trillerpfeifen,



Handsirenen und Lautsprecherdurchsagen stören rund 500 AntiFas die Feier der Rechtsextremisten, an der sich etwa 200 Personen beteiligten. Ein Großaufgebot der Polizei - nach Schätzungen waren mehr als tausend Beamte im Einsatz - war zwischen dem Nazizentrum und dem wenige hundert Meter entfernten Ort der Gegenkundgebung in Stellung gegangen.

Die Aufsichtsbehörden des Landkreises Celle hatten erstmals versucht, die „Tagungswoche“ zu verbieten, was Jürgen Rieger mit einem Gang zum Oberverwaltungsgericht unterlief. Gegen die OVG-Entscheidung und das Nazi-Treffen hatten bereits am vorhergehenden Samstag 200 Menschen demonstriert. Mehrere hundert Polizist*innen mit Wasserwerfern, Pferdestaffeln und Hunden hatten Hetendorf weiträumig abgeriegelt. Dabei wurde auch eine Frau namens Beate Zschäpe kontrolliert, die mit ihrem Neonazi-Freund und späteren NSU-Helfer André Kapke auf dem Weg zur „Tagungswoche“ war (ein entsprechender Polizei-Vermerk wurde im NSU-Prozess verlesen).

Mit den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS (Drucksache 13/8119) und der Abgeordneten Siegfried Vergin, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau sowie weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (Drucksache 13/5349) im Juli und August 1997 wurden jahrelange Recherchen der AntiFa bestätigt. Es war mehr als deutlich: In Hetendorf trifft sich die Elite der deutsche Nazi-szene.

Und das war's dann – ein gutes halbes Jahr später wurden die Trägervereine des Zentrums verboten und das Gelände beschlagnahmt. Festzuhalten wäre: Die gut dreijährige intensive Kampagne war eine der erfolgreichsten Initiativen der AntiFa-Bewegung in ganz Deutschland. Man/frau hatte sich ein klares Ziel gesetzt und mit intensivster Aufklärungsarbeit und enormem öffentlichen Druck die Innenministerien derart unter Druck gesetzt, dass sie das Nazizentrum letztlich schließen mussten. Das Celler „Bündnis gegen Rechts“ und der „Antifa Arbeitskreis“ waren dabei der organisatorische Mittelpunkt.

Jürgen Rieger versuchte später mit dem „Heisenhof“ in Dörverden und dann noch kurz vor seinem Tod mit dem „Landhaus Gerhaus“ bei Faßberg, ein neues Nazi-Schulungszentrum aufzuziehen. Dies zeigt: Es ist für bestimmte Fraktionen der deutschen Naziszene von Gewicht, ein derartiges Zentrum zu haben. Zum ändern: Wenn ein Nazi-Zentrum dicht gemacht wird, macht das aus Neonazis keine Demokraten; aber auf der anderen Seite hat der jahrelange Kampf gegen „Hetendorf 13“ viele Menschen im Landkreis zu einem antifaschistischen Engagement veranlasst und sicher auch zu Lernprozessen beigetragen.

Hinsichtlich der Bündnispolitik ist zweierlei anzumerken: In den frühen 1990er Jahren war es auf städtischer Ebene tatsächlich möglich, sich bei Aktionen auf die eigene Kraft und Mobilisierungsfähigkeit zu verlassen,

Peter Ganick, Staatsschutzbeamter, sprach von „honorigen Leuten“

[...] Auch der für Rieger und seine Truppe zuständige stellvertretende Leiter des Staatsschutzes in Celle, Peter Ganick, zeichnete sich über Jahre hinweg durch vornehme Zurückhaltung aus. Zum Hausmeisterehepaar des Neonazi-Schulungszentrums pflegte er fast freundschaftlichen Kontakt: Ilse und Otto Koch, beide NPD-Anhänger, seien doch „honorige Leute“. Auch Rieger, seit Jahren als Schlüsselfigur der rechten Szene einschlägig bekannt, scheint ihm durchaus sympathisch gewesen zu sein. Noch im Vorfeld der Sommersonnwendfeier im Juni 1997 hatte Ganick mit ihm verhandelt und anschließend befunden, daß man sich „auf den verlassen kann, der Rieger hält sein Ehrenwort“. Lager der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ auf dem Gelände waren für Ganick lediglich „altes deutsches Brauchtum“. Nur „Linke und die Medien“ hielten dies für verwerflich. Öffentlich äußerte er, was sich Skinheads gern auf die Jacke nähnen: „Ich bin jedenfalls stolz darauf, ein Deutscher zu sein.“

Daß der Staatsschützer schon am 25. Oktober 1992 in einem Leserbrief an die „Cellesche Zeitung“ behauptet hatte, „das Programm der Republikaner ist nicht rechtsextremistisch“, erfuhr Innenminister Glogowski erst im Januar dieses Jahres – und handelte sofort. Gerade noch rechtzeitig vor der Verbotsverfügung gegen Riegers Vereine veranlaßte er eine „Umbesetzung“ des Staatsschutzbeamten Ganick.

„Reichlich spät“, wie Mitglieder des „Bündnis gegen Rechts“ und des „Arbeitskreis gegen Hetendorf 13“ im Nachbarort Hermannsburg kritisieren. Eine „gewisse Sympathie“ von Polizisten für die Rechten sei immer wieder deutlich geworden. [...]

SPIEGEL, 8/1998, S. 73.

PS.: Die Gesinnung des ehemaligen Staatsschutzbeamten hat sich wenig geändert, wie ein Blick in seinen facebook-Account zeigt:

<https://www.facebook.com/people/Peter-Ganick/100010148058587>

aber: Hinsichtlich des im ländlichen Raum gelegenen Nazizentrums Hetendorf war es erforderlich, nicht nur ein norddeutsches AntiFa-Bündnis zu schmieden, sondern die sich ergänzende Zusammenarbeit mit Kräften vor Ort zu suchen. Dass dies trotz der unterschiedlichen soziokulturellen Verankerungen und Vorstellungen über antifaschistische Arbeit letztlich gelang, hat mit dem gegenseitigen Respekt zu tun, den die unterschiedlichen Akteur*innen sich schließlich entgegenbrachten. Wichtig war dabei auch, dass das antifaschistische Milieu viel Wert darauf legte, den jeweiligen Aktionsrahmen sehr konkret zu bestimmen und sich grundsätzlich an getroffene Absprachen zu halten.

Politik, Vorträge & Theater

Sa., 05. September, 10.00 – 13.00

Parking Day

Schuhstra0e

Sa., 05. September, 19.00

LIST Kneipe

LIST lädt ein zu einem (hoffentlich) lauschigen Abend auf dem Hof mit gekühlten Getränken, Soul-Blues-Jazz-Musik und Gesabbel.

Buntes Haus

Mi., 16. September, 19.00

"The Point Of No Return" - Kippelemente der globalen Erwärmung

Wolfram Steinmetz, Lehrer für Geografie

Welche „Kippelemente“ für die Erwärmung entscheidend sind, darum geht es in diesem Vortrag mit anschließender Diskussion.

Mi., 23. September, 19.00

Tomorrow - Die Welt ist voller Lösungen

Der preisgekrönte Dokumentarfilm aus Frankreich zeigt den drohenden Zusammenbruch unserer Ökosysteme und stellt weltweit Projekte und Initiativen vor, die alternative und realisierbare Ideen verfolgen – Film mit anschließender Diskussion im Kino achteinhalb. Eintritt frei.

Fr., 25. September

Fridays for Future: Globaler Klimastreik am 25. September

Sa., 26. September, 13.00

Demonstration anlässlich des Erntefests auf dem NPD Hof in Eschede

Beginn 13.00 Uhr, Bahnhof Eschede, Rondell Nordseite, Hermannsburger Straße

Angemeldet vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und dem DGB N-O Niedersachsen

Mi., 30. September, 20.00

Denis Scheck – Kanon der Weltliteratur

Kunst & Bühne, 20 EUR

Mi., 07. Oktober, 19.00

Zwei Jahre "Fridays For Future" - was zu tun bleibt!

Schüler*innen und Studierende aus der fff-Ortsgruppe Celle berichten von ihrem Engagement, ihren Forderungen und ihren Erfahrungen.

Mi., 14. Oktober, 19.00

Plastikfreier Leben: Refill Celle, Kunststoff-Alternativen u.d. Karte von morgen

Michael Weinrich, Verwaltungswirt

In jeder der über 5200 Refill Stationen Deutschlands gibt es kostenlos Trinkwasser in ein mitgebrachtes Gefäß. Die Idee kommt aus der Müllvermeidungs-Szene (Zero Waste). Refill Celle Initiator Michael Weinrich stellt das Refill Konzept vor und zeigt an praktischen Beispielen, wie wir Plastik im Alltag vermeiden können, ohne dass es uns fehlt oder wir auf etwas verzichten müssen.

Familienbildungsstätte, gebührenfrei

Mi., 21. Oktober, 19.00

Mobilität der Zukunft

Annegret Pfützner

Der ökologische Fußabdruck unserer Verkehrssysteme ist mit nachhaltiger Entwicklung nicht vereinbar. Für die Zukunft sind daher neue Modelle für Mobilität erforderlich. Wie können eine klimafreundliche Mobilität und Verkehrspolitik realisiert werden?

Familienbildungsstätte, gebührenfrei

Mi., 28. Oktober, 19.00

Kosten des Klimawandels

Wolfram Steinmetz, Lehrer für Geografie

Familienbildungsstätte, gebührenfrei



2020

Alles ist abgesagt: Wasa-Lauf, Celle Urban Challenge ... aber eins soll klappen: das Minigolf-Turnier um den revista-cup.

Datum: Sonntag, 13. September

Beginn: 15.30 Uhr

Ort: Anlage des 1. Bahnen-Golf-Club (BGC) Celle von 1964 e.V, der 77er Straße direkt neben dem Badeland

Format: gespielt wird eine Runde nach Hobby-Regeln, also z.B. mit dem Bahnball.

Neben der Einzel gibt es eine Teamwertung, wobei die Teams von jenen angeführt werden, die letztes Jahr die ersten Plätze belegten & dann geht's ab ins Schulhoftrauma: Es wird gewählt.

Ach so: Da das Ganze einem guten Zweck dienen soll – nämlich der Finanzierung dieser supertollen Zeitschrift –, wird ein Startgeld in Höhe von 10 EUR erhoben.

Konzerte & Partys

Do., 03. September, 20.00

Michy Reincke

CD Kaserne, ab 30,--

Fr., 04. September, 20.00

Uli-Wißmann-Trio

Wienhausen, Braugasthaus Mühlengrund, Eintritt frei

Fr., 04. September, 20.00

Learning to fly – Storytellers (Martin Hauke und Juan Schmid)

Kunst & Bühne, 16 EUR

Fr., 04. September, 22.30

Martin Connell and The True Dramatics – poppiger Folk-Rock

Schloss, Innenhof – 12, 00

Sa., 05. September, 22.30

Tim Funks MTP – Blues-Rock

Schloss, Innenhof – 12, 00

So., 06. September, 20.30

Marcess und die Band der Stunde

Schloss, Innenhof – 12, 00

Fr., 11. September, 16.30

Herdensummen

CD Kaserne, ab 10,00

Fr., 11. September, 19.00

Stars & Bars – Urgestein des Blues

Schloss, Innenhof – 12, 00

Sa., 12. September, 17.00

Die 17-Zoll-Band – feiner Soul-Rock aus Celle und Burgdorf

Schloss, Innenhof – 12, 00

Sa., 12. September, 19.00

kleemann/ep

Bröckel, Antikhof Drei Eichen – Ht geht rum. Begrenzte Plätze.
Anmeldung unter 05144-56 01 77

Sa., 12. September, 20.00

Matthias Möller (Elephant Walk) und Lutz König

Kunst & Bühne, 18 EUR

So., 13. September, 16.30

Sommerfest mit Shai Terry & Adi Bar (israelische Lieder)

Synagoge Celle, Im Kreise 24, 10,00

So., 13. September, 22.30

SyperGazy – groovender Lounge-Jazz Sound

Schloss, Innenhof – 12, 00

Mo., 14. September, 20.30

Johanna & Dennis – Singer-Songwriter

Schloss, Innenhof – 12, 00

Do., 17. September, 20.30

Mama's Cooking – when Country gets the Blues

Schloss, Innenhof – 12, 00

Fr., 18. September, 20.30

Poetry Slam – mit Jessy James LaFleur

Schloss, Innenhof – 12, 00

Sa., 19. September, 20.30

Jonah & the Tree – Folk-Singer-Songwriter Trio

Schloss, Innenhof – 12, 00

Fr., 25. September, 19.00

Jazz-Session mit Moritz Arning

Kunst&Bühne, Eintritt frei

Sa., 26. September, 20.00

Die Improkokken – Improvisationstheater aus Hannover

CD Kaserne, ab 12,--

Mi., 30. September, 20.00

Reis Against The Spülmaschine

CD Kaserne, ab 23,-- / erm. 12,--

Sa., 03. Oktober, 20.00

Drew Zaremba mit Moritz Arning, Erik Mrotzek und Nils Mosen

Beckmansaal, Eintritt: Erw.: 15,-, Schüler u. Studenten 5,- €

So., 04. Oktober, 18.00

Tom Astor - Der Countrystar

CD Kaserne, ab 34,--

Fr., 09. Oktober, 20.00

Ray Wilson and Band

CD Kaserne, ab 31,80

Sa., 17. Oktober, 20.00

Thorsten Willer

Bröckel, Antikhof Drei Eichen – Hut geht rum. Begrenzte Plätze.
Anmeldung unter 05144-56 01 77

So., 18. Oktober, 18.00

Kuss plus... - "percussion & slam poetry"

CD Kaserne, ab 20,80

Fr., 30. Oktober, 19.00

Jazz-Session

Kunst&Bühne, Eintritt frei

Blues Garage - Isernhagen

05.09.: Voodoo Loungs
10.09.: Stoppok Trio
11.09.: The Bluesanovas
12.09.: Elizabeth Lee – Martin Hauke & The Band from Riley's
17.09.: Big Daddy Wilson
18.09.: Stefan Graf's Double Vision
19.09.: Kiss Forever Band
25.09.: Ultimate Eagles
29.09.: Mutz & The Blackeyed Banditz
02.10.: Wellbad
03.10.: Ansley Lister Band
09.10.: The Doors in Concert
10.10.: Dr. Feelgood
17.10.: Tino Standhaft meets Neil Young
23.10.: Henrik Freischlader Band
30.10.: Copperhead County
31.10.: Hole Full of Love

<https://bluesgarage.de/programm/>